Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1149; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, 1 sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf für Halle und auswärts 1 Mk

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle Markt 24
Anzeigen-Geschäftsstelle Gr. Ulrichstraße 63, 1, Telephon Nr. 591 u. 176

Nr. 69. **Halle a. S., Freitag, den 11. Februar.** **1910.**

Der Ministerpräsident über die Reform des preußischen Wahlrechts.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung. Donnerstag, 10. Februar.

Das Haus ist stark besetzt. Die Tribünen sind sämtlich überfüllt.

Am Ministertische: v. Bethmann Hollweg, v. Moltke, Frhr. v. Rheinbaben, Beseler, v. Breitenbach, Sydow.

Vizepräsident Dr. **Porsch** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Denkschrift über die Einführung von Schiffahrtsabgaben wird der Budgetkommission überwiesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Abg. Strosser (kons.) dem Hause Mitteilung von seinem Briefwechsel mit dem jetzigen Gatten der Frau v. Schönebeck, Herrn A. O. Weber. Aus diesem Briefwechsel hat die „B. Z. am Mittag" vom gestrigen Tage eine Drohung mit einem Duell von seiten des Herrn A. O. Weber hergeleitet. Daran ist kein wahres Wort. Ich überlasse das Urteil dem Hause und lehne jedes weitere Eingehen auf diese Sache ab.

Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Es ergreift das Wort Ministerpräsident

von Bethmann Hollweg.

Die Sozialdemokraten ergehen sich, als der Ministerpräsident das Wort ergreift, in lärmenden Pfuirufen und Zurufen: Volksverräter! Von den anderen Seiten des Hauses wird darauf mit dem stürmischen Rufe: Raus! geantwortet.

Vizepräsident **Dr. Porsch:**

Ich bedauere es, daß einem Mitgliede der Königl. preuß. Staatsregierung ein solcher Empfang zuteil geworden ist.

Ministerpräsident **v. Bethmann Hollweg:**

Mit Ihrer Uebereinstimmung soll nach der Ankündigung der Thronrede vom 20. Oktober 1908 durch das Ihnen vorgelegte Wahlgesetz das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten auf den auf der Verfassung beruhenden Grundlagen organisch fortgebildet werden. Ebenso wie damals lehnt es auch heute die Staatsregierung ab, diese Grundlagen zu verlassen. Sie läßt sich in diesem Entschlusse auch nicht wankend machen durch die Kritik, die vorweg an diesem Gesetzentwurfe geübt worden ist. Die Staatsregierung hat den Entwurf eingebracht, keiner Partei zu Liebe oder zu Leide. (Lachen links; lärmende Zurufe der Sozialdemokraten.) Sie läßt sich hierin auch nicht von Strömungen der Oeffentlichkeit leiten, sei es, daß diese eine radikale Reform fordern, oder jede Aenderung entschieden ablehnen. Sucht nach Popularität wird keinen Schritt der Regierung bestimmen. (Lachen links.) Das will ich auch denen gesagt haben, die hinter meinem Bestreben, die Sache sachlich zu behandeln, Aengstlichkeit und Unsicherheit wittern. Aber noch einer anderen Vorstellung muß ich von vornherein entgegentreten. Man hat es so dargestellt, als sei es garnicht die wirkliche Ueberzeugung der Staatsregierung, daß das Wahlrecht geändert werden soll (Zurufe der Sozialdemokraten: Natürlich), als habe sie diese Vorlage nur eingebracht, weil sie durch den Passus der Thronrede in eine Zwangs- und Notlage versetzt worden sei. Man hat zwischen der Thronrede und der Ueberzeugung der Staatsregierung, ja der des Königs selbst einen Widerspruch festzustellen gesucht. Daran ist kein Wort wahr. Was die Thronrede ankündigt, ist die

Willensmeinung Sr. Majestät des Königs

und für diese Willensmeinung tritt die königliche Staatsregierung mit ihrer vollen Verantwortung ein.

Ich sprach vorhin von Strömungen in der Oeffentlichkeit, die die Reform des Wahlrechts fordern. Laut genug machen sie sich geltend! Aber um so ruhiger muß man sehen, was hinter ihnen steht. Daß die Sozialdemokratie das Dreiklassenwahlrecht und jede nicht mindestens auf das Reichstagswahlrecht hinauskommende Reform in Grund und Boden verdammt, das ist nicht verwunderlich; bei den Herren spricht der nackte Wille zur Macht seine Sprache. (Sehr richtig! rechts. Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Sie hoffen, mit einem Wahlrecht auf breitester demokratischer Grundlage das Staatsgefüge Preußens zu lockern (Sehr richtig! rechts) und erblicken darin eine Etappe auf ihrem Wege zur allmählichen Unterminierung des monarchischen Staates. (Sehr richtig! rechts. Unruhe und Rufe bei den Sozialdemokraten: Auf dem Wege der Vernunft!) Auf dem Wege werden wir den Herren nicht folgen. (Abg. Borgmann: Sie werden schon müssen! — Gegenrufe rechts: Ruhe!) Und darum bleibt jede Agitation und jeder Zwischenruf, der von Ihnen erfolgt, auf die Entschlüsse der Staatsregierung völlig wirkungslos. (Abg. Borgmann: Abwarten! Sie werden schon lernen! — Gegenrufe rechts: Ruhe!)

Vizepräsident **Dr. Porsch:**

Ich bitte um Ruhe! Ein Vertreter Ihrer Partei wird dann das Wort erhalten. Ich muß aber verlangen, daß Sie auch diejenige Ordnung respektieren, die Sie für sich wünschen. (Lebh. Beifall rechts, stürmische Rufe rechts: Zur Ordnung rufen!) Die Geschäftsordnung gibt leider kein Mittel an die Hand, um gegen derartiges Benehmen vorzugehen. (Stürmische Rufe rechts: Raus! Die Leute sollen erst anständiges Betragen lernen!)

Ministerpräsident **v. Bethmann Hollweg:**

Bei der Forderung des Zentrums und des Freisinns nach dem Reichstagswahlrecht scheinen mir nicht so sehr Sucht nach eigener Herrschaft, wie ethische und theoretische Motive maßgebend zu sein. Das Zentrum wird kaum an Sitzen verlieren, gleichgültig, ob man nach dem Reichstagswahlrecht oder nach dem Dreiklassenwahlrecht reformiert wird. Es würde auch mit dem Reichstagswahlrecht an Stärke nicht gewinnen; höchstens würden die Persönlichkeiten wechseln. Und der Freisinn — kein Mensch wird den Herren vorwerfen, daß hinter ihren Wünschen eigennützige Bestrebungen stehen. So glänzende Zeiten, wie in den 60er Jahren des Abgeordnetenhauses, hat der Fortschritt, der ausgesprochene Fortschritt, im ganzen Reichstage noch nicht erlebt und damals wurde er doch von einem Bismarck bekämpft. Und heute? Die Landtagswahlstatistik ist vielfach angegriffen worden. Aber es ist auch vielfach der Aufmerksamkeit entgangen: heute verdankt von all den Herren, die die freisinnige Vereinigung ausmachen, nur ein einziger seinen Sitz einer Majorität auch in der 3. Wählerklasse, also derjenigen Wählerklasse, der man angeblich mit dem Reichstagswahlrecht zum Siege verhelfen will und die die entrechteten Volksmassen enthalten soll. In dem

Rennen um die Gunst der Massen

werden Sie (zu den Freisinnigen) hinter der Sozialdemokratie immer um mehrere Pferdelängen zurückbleiben (Zustimmung rechts), oder Sie müssen, wie es in dem extremen Flügel der bürgerlichen demokratischen Presse schon heute geschieht, Töne anschlagen, die nicht mehr damit in Einklang stehen, daß Sie die Vertreter des gebildeten fortgeschrittenen Bürgertums seien. (Sehr richtig!) Verlassen Sie aber erst einmal diese Position, dann büßen Sie Ihre Selbständigkeit und damit die Bedeutung ein, die eine Fortschrittspartei für das politische und staatliche Leben hat. (Unruhe links.) Sie würden zwar die Demokratisierung des preußischen Staates, die Schwächung der Konservativen erreichen und damit Ihre Wünsche erfüllen, aber lachender Erbe wäre ein dritter. (Sehr richtig! rechts.) Ich wiederhole: Sucht nach eigener Herrschaft steht nicht hinter Ihren Wünschen. Mit dem Zentrum halten Sie jedes abgestufte Wahlrecht und vollends das Dreiklassenwahlrecht für verwerflich (Sehr richtig! links) und allein das gleiche Wahlrecht für menschenwürdig. Im Streit hierüber werden wir uns nie einigen. Sie sind der Ansicht, daß der nackten Zahl und damit der großen Masse der politische Einfluß ausgeliefert werden muß, damit sich Preußen glücklich entwickele. Ich bin der Ueberzeugung, daß die nackte Zahl zwar der bequemste, aber nicht der alleinige Gradmesser für die politischen Rechte einer Nation ist. Sie halten mit theoretischer Zähigkeit an einer überkommenen Forderung fest, unbekümmert um alle Erfahrungen, welche mit dem gleichen Wahlrecht gemacht worden sind und gemacht werden, unbekümmert um die gewaltige Verschiebung der staatlichen Verhältnisse, die dadurch eingetreten ist, daß die Kompetenzen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten geteilt worden sind und daß wir in Preußen selbst umfangreiche Staatsaufgaben auf die Kommunalverbände übertragen haben. (Zuruf links: Süddeutschland!) Sie werden es mir daher nicht verargen, wenn ich in eine theoretische Diskussion über die Vorzüge und Nachteile des abgestuften Wahlrechts einerseits und des gleichen Wahlrechts andererseits nicht eingehe! Wir würden niemals zu praktischen Ergebnissen hierin kommen. Aber weiter! Auch in den Kreisen des gemäßigten Liberalismus, der für Preußen das Reichstagswahlrecht verwirft und der im Prinzip an einem abgestuften Wahlrecht festhält, ist die Bewegung, welche eine Reform des bestehenden Wahlrechts verlangt, beinahe ebenso lebendig. Ich halte es für falsch, diese Bewegung, wie es wohl geschieht, zum großen Teil auf Stimmungsmachen zurückzuführen. Es ist ja möglich, daß die radikalen Wünsche auf gewisse Kreise abgefärbt haben. Die Suggestionskraft ist im Zeitalter der Zeitungen groß. (Heiterkeit rechts. — Unruhe links.) Aber ich will das nicht untersuchen. Kein Unbefangener sollte leugnen, daß die Wahlrechtsfrage auch für den gemäßigten Liberalismus zu einer sehr ernsten Frage geworden ist. So offen und ehrlich ich dies zugebe und bewerte, muß ich mich doch fragen, ob es wirklich die Mängel des Reichstagswahlrechts und die Vorzüge der erstrebten Reform sind, welche der Wahlrechtsfrage zu dieser Bedeutung verholfen haben. Mir scheint vielmehr, daß die Wahlrechtsfrage allmählich die Formel geworden ist, in der alles, was an politischer Unzufriedenheit und politischer Mißstimmung besteht, möge es mit dem Wahlrecht zusammenhängen oder nicht, zusammengefaßt ist. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe b. d. Sozialdemokraten: Mit Recht!) Und dann wird auch die erstrebte Reform als der Punkt hingestellt, um den sich alles dreht und damit wird auch die erstrebte Reform als der Punkt dargestellt, in dem alle Leiden kuriert werden können. Das ist der Grund, weshalb sich die Wahlrechtsfrage so tief eingefressen und eine Bedeutung gewonnen hat, die psychologisch unendlich weiter reicht als praktisch. Darüber kann man nicht hinwegkommen, auch wenn man unbesehen die Schlagworte hinnimmt, in denen sich diese Stimmung ausdrückt. Reaktion, Bureaukratismus, Polizeiregiment, agrarischer Feudalstaat, Junkertum, sind ungefähr die Dinge, die mit der Reform des Wahlrechts beseitigt werden sollen. (Sehr richtig! links.) In ruhiger Diskussion wird wohl auf vielen Seiten zugegeben werden, daß darin

handgreifliche Uebertreibungen

liegen, aber man verlangt die Modernisierung eines ursprünglich auf überwiegend agrarische, zum Teil angeblich auch auf feudale Zustände zugeschnittenen Wahlsystems, das seinerzeit vielleicht den Zwecken gedient habe, jetzt aber veraltet sei, nachdem der Staat seinen feudalen Charakter längst abgestreift habe. Das bestehende Wahlsystem, behauptet man, mache das Großgrundbesitztertum, also den einseitigen Konservatismus, zum Beherrscher der Situation, während die anderen Stände, Handel, Industrie, Gewerbe, Arbeiterstand längst in eine gleichberechtigte Stellung eingerückt seien. Luft und Licht für alle, das ist der Grundton der Bewegung. Weil man diese Forderungen mit der Reform des Wahlrechts identifizierte, darum greift die Wahlrechtsfrage so tief. Nun kommt dazu noch ein anderes. Wir haben soeben in England sich einen Wahlkampf mit beispielloser Leidenschaft abspielen sehen. Die Waffen, die dort gebraucht worden sind, waren zum mindesten ebenso schartig wie sie bei uns gewöhnlich sind. Das ist im Wahlkampf an sich nicht wunderbar, aber eine hundertjährige politische Kultur und Erziehung verbindert die Engländer, politische oder gar religiöse Gegensätze auf das persönliche und soziale Gebiet zu übertragen. Der Engländer schätzt den Engländer nicht danach ein, ob er politisch oder religiös ebenso denkt wie er. Bei uns sind wir noch nicht so weit. Auf allen Seiten noch nicht. Bei uns heißt es noch heute, der denkt anders wie ich, also steht er eine Stufe tiefer. Daher kommt es, daß unsere politischen Zustände von einem Gefühl der Bitterkeit erfüllt sind, das tiefer steckt als die Realitäten in politischer Hinsicht. Der Konflikt, der im letzten Sommer über die Reichsfinanzreform entstanden ist, ist deshalb so scharf geworden, weil er in die Form der persönlichen Verstimmung, ja der Mißachtung übergegangen ist. Ich will die Schuldfrage nicht untersuchen. Hier scheinen alle schuld zu sein. Nun gibt es beim Dreiklassenwahlrecht Dinge, die als Mißstände empfunden werden und Mißstände sind, und man erwartet von einer radikalen Reform dieses Wahlrechts den Wandel aller Dinge.

Das ist die Täuschung! Es möchte sich hören lassen, wenn es möglich wäre, die politischen Kräfte der Nation rein ziffernmäßig genau gegeneinander abzuwerten und dann die Verhältnisse im Parlament zusammenzufassen. Aber das sind Theorien, und wichtiger als die Theorie scheint mir doch die Praxis. Da ist es zunächst unrichtig, daß das preußische Wahlsystem auf agrarische und feudale Verhältnisse zugeschnitten ist. (Sehr richtig! rechts.) Wie ist es denn in Wirklichkeit gewesen? Das Abgeordnetenhaus ist von fortschrittlichen zu nationalliberalen und von nationalliberalen zu konservativen Majoritäten gekommen. Dafür ist nicht die Form des Wahlsystems, sondern dafür ist die Stellung bestimmend gewesen, die die Parteien zu den aktuellen politischen Problemen eingenommen haben. (Beifall rechts.)

Trifft es denn weiter zu, daß die Mängel, die man dem preußischen Wahlsystem nachsagt, die angebliche Entrechtung der Volksmassen, die Bevorzugung des Agrariertums, des Großgrundbesitzes, sein plutokratischer Charakter, daß diese Mängel die Arbeit und Politik des Abgeordnetenhauses auf eine die niederen Stände bedrückende, einseitige und plutokratische Linie bringen? (Sehr richtig! rechts.) Es ist so sehr Sitte geworden,

Preußen als das Land der finstersten Reaktion

hinzustellen (Lärm bei den Sozialdemokraten und Zurufe: „Das ist die Wahrheit!" Widerspruch rechts), daß ich mich schon im voraus auf die Kritik freue, die mir von denen zuteil werden wird, von denen diese Behauptung aufgestellt wird. Ich fürchte sie aber nicht.

Es ist notwendig, einer Farce, die immer wieder als ein Gespenst aus vormärzlicher Zeit hervorkommt und schließlich im In- und Auslande als ein lebendiges Wesen angesehen wird, einmal ins Gesicht zu sehen. (Sehr gut! rechts.) Nicht um einen Lobeshymnus auf die preußischen Zustände anzustimmen, das wäre genau so abgeschmackt, wie das Häufen von Schimpf und Schande, das Beschmutzen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100211018/fragment/page=0001

des eigenen Restes abgeschmackt und unwürdig ist. (Lebhafter Beifall rechts, Gelächter links.)

Was behauptet man nicht alles, um zu zeigen, daß das preußische Gesetz, das mit Ihrer Hilfe und Zustimmung gemacht worden ist, einen einseitigen, rückschrittlichen, reaktionären Charakter hat, den man als Signatur seines Wahlsystems bezeichnet. Die preußischen Finanzen beruhen, wenn man in großen Zügen spricht, auf den Einnahmen aus den staatlichen Betriebsverwaltungen und aus den staatlichen Steuern. Kein Mensch kann der preußischen Einkommen- und Vermögensteuer vorwerfen, daß sie die Reichen zu Ungunsten der Armen bevorzugt, und noch jede Novelle, die wir neuerdings zu diesem Gesetz gemacht haben, hat die Tendenz weiter verfolgt, die Bemittelten zugunsten der Unbemittelten stärker heranzuziehen. (Widerspruch links; Zustimmung rechts.) Sehr demokratisch regierte Länder kämpfen seit Jahren, aber vergeblich, um eine solche Steuerreform. Gewiß, die wenigsten Menschen zahlen Steuern gern. Aber ich habe nicht gefunden, daß die Masse des preußischen Volkes gerade unter dieser preußischen Staatssteuergesetzgebung seufzt. Dagegen wird gerade die Reichssteuergesetzgebung als agrarisch gebrandmarkt, die wir in dem auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählten Reichstag beschlossen haben. Ich halte diese Vorwürfe nicht für begründet, aber sie werden erhoben, und gerade das letzte Reichssteuergesetz hat in vielen Kreisen besondere Mißstimmung hervorgerufen, die jetzt für Preußen das Reichstagswahlrecht verlangt. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Betriebsverwaltungen. Ich wüßte nicht, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen, diese für unsere gesamte Finanzgebarung grundlegende Maßregel, unsozial wäre. Im Gegenteil, die Art und Weise, wie wir mit den von Ihnen bewilligten Mitteln in den staatlichen Betriebsverwaltungen die Lohnfrage der Arbeiter regeln, wie wir in der Eisenbahnverwaltung z. B. nicht unbedeutende Aufwendungen machen, um die Stellung der Arbeiter über die Bezüge hinaus, die ihnen aus den Reichsgesetzen zustehen, zu verbessern; die Aufwendungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der minderbemittelten Beamten und Arbeiter — all das sind Zeichen dafür, daß das preußische Parlament seiner sozialen Verpflichtung sich wohl bewußt ist. (Beifall rechts.)

Natürlich, die Sozialdemokraten verlangen sehr viel mehr. (Zurufe der Sozialdemokraten: „Koalitionsrecht!") Aber wer sich genauer umsieht, wird finden, daß viele sehr gut geleitete Privatbetriebe in der Nachbarschaft der Staatsbetriebe gar nicht in der Lage sind, den Arbeitern die gleiche Lebenshaltung zu gewährleisten, wie die staatlichen. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß noch einen weiteren hervorstechenden Zug der preußischen Gesetzgebung anführen, einen grundlegenden, ich habe ihn vorhin schon in anderem Zusammenhange flüchtig gestreift,

den Ausbau der Selbstverwaltung

im weitesten Sinne des Wortes. (Zurufe links: Wo gibt es denn noch Selbstverwaltung?) Ich lege dabei nicht das Gewicht auf die formale Seite der Sache, ich weiß, die Liberalen haben eine ganze Reihe von Wünschen, wohl aber auf den materiellen Inhalt dieser Selbstverwaltung, und da kann man ohne jede Uebertreibung sagen, daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes in der Tätigkeit der Kommunalverbände liegt, der engeren und der weiteren, der Gemeinden, Kreise und Provinzen und der Genossenschaften jeglicher Art, kurz in der Bildung aller Verbände, die dem Staatsorganismus eingegliedert sind und die doch das Wohl und Wehe des einzelnen Staatsbürgers richtig zu beurteilen die Nächsten sind. Daran sollte man doch erinnern, wenn man über die preußischen Zustände als reaktionär und rückständig spricht. Tendenz unserer Gesetzgebung in den letzten 70 Jahren ist es gewesen, einen immer und immer größeren Kreis von Aufgaben, welche bis dahin zentralistisch vom Staate erfüllt werden, auf die Kommunalverbände zu übertragen. Das ist nicht geschehen, um den Staat zu entlasten, sondern weil es einem fortschrittlichen Staatswesen nur auf diesem Wege möglich ist, die Entwicklung des Landes zu fördern und dabei gleichzeitig die Bevölkerung zur Mitarbeit an ihren Geschicken heranzuziehen, wie es in ähnlicher Weise bisher noch kein Parlament und kein parlamentarisches Wahlrecht gewährleisten kann. Der Kulturarbeit, welche die preußischen Kommunen geleistet haben und leisten, braucht sich Preußen weder vor dem Inlande noch vor dem Auslande zu schämen. (Lebhafter Beifall rechts.) Eine solche Gesetzgebung aber, die diesen Gedanken verfolgt, die damit nur ausgebaut hat, wozu Stein und Hardenberg den Grund legten, kann man nicht reaktionär nennen.

Nun zum Kapitel Polizeiwesen! Ich kenne keine Gesetzgebung, die wie die preußische in so minutiöser Weise den Rechtsstaat auszubilden versucht (Lachen links) und jede Polizeiübung so mit dem Schutze von Garantien umgibt. Soweit sind wir gegangen, daß wir auf diesem Wege eine neue Art bureaukratischer Umständlichkeit und Vielschreiberei geschaffen haben, zu deren Beseitigung man jetzt um Hilfe ruft. Endlich, meine Herren, die behauptete einseitige Bevorzugung des Agrariertums zu Ungunsten des vierten Standes! Dabei vergißt man doch ganz, daß fast die gesamte Gesetzgebung, wo eine solche Einseitigkeit hervortreten soll, von Preußen auf das Reich übertragen worden ist. Wollte man auch hier ein Wahlsystem verantwortlich machen, so wäre es nicht das Dreiklassenwahlrecht, sondern es wäre wiederum das Reichstagswahlrecht. (Sehr gut! rechts.) Wenn in allen diesen Beziehungen, die ich kurz gestreift habe, das Dreiklassenparlament so ganz versagt hätte, wenn es wirklich die rückschrittliche Politik getrieben hätte, die man ihm nachsagt, ohne die Dinge zu kennen, dann würde ich vielleicht die Leidenschaftlichkeit begreifen, mit der man für eine radikale Aenderung unseres Wahlrechts eintritt. Wie die Dinge aber liegen, ist es nicht zu begreifen. Oder lassen Sie mich von einem etwas veränderten Standpunkte aus folgendes sagen: Ich glaube ja nicht, daß der gemäßigte Liberalismus die preußische Gesetzgebung, wie ich sie soeben in einigen Hauptpunkten flüchtig skizziert habe und an der er durchgehend selber mit gearbeitet hat, für so rückschrittlich hält. Ich glaube auch nicht, daß der gemäßigte Liberalismus der konservativen Partei im ganzen absolut rückschrittliche Tendenzen zuspricht. Was die Herren meinen, das ist das: sie behaupten, daß die Regierung in der Verwaltung und in der Anwendung der Gesetze die Konservativen einseitig bevorzugte. (Lebhaftes „Sehr richtig!" links.) Sie werden schon hören, wie weit das richtig ist, meine Herren! (Heiterkeit) — daß sie einseitig konservative Anschauungen vertrete und daß sie das tue oder tun müsse unter dem Drucke der mit dem Dreiklassenwahlrecht übermächtig gewordenen konservativen Partei. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir werden uns schon noch sprechen! (Heiterkeit.) Darum soll also das Wahlrecht geändert werden! Das führt mich zu der Stellung der Regierung, zu den Parteien. Ich habe böse Dinge darüber zu hören bekommen, daß ich im Reichstag gesagt habe, wir könnten in Deutschland keine Parteiregierung haben. Widerlegt hat mich niemand und kann auch niemand. Wir müßten ja, abgesehen von allem anderen, zunächst einmal die staatsrechtliche Stellung des Bundesrats beseitigen, wenn wir zu einer Parteiregierung kommen sollten. Eine preußische Staatsregierung, die in dem Sinne sich als Parteiregierung etablieren wollte, daß sie einseitig die Geschäfte einer bestimmten Partei führt, daß sie sich als deren rerum quaesto oder als ihren Mandatar gebrauchen läßt, oder — richtiger gesagt — mißbrauchen ließe, die würde dem historischen Preußen sein Ende vorbereiten, und eine Partei, die es beanspruchte oder die es auch nur versuchte, eine Regierung so in ihren Bann zu zwingen, würde der Totengräber Preußens sein. (Sehr richtig!)

Preußen läßt sich nicht in das Fahrwasser des Parlamentarismus

verschleppen, solange die Macht seines Königtums ungebrochen ist. (Beifall rechts.) An der Macht dieses Königtums, dessen stolze Tradition es ist, ein Königtum für alle zu sein, wird nicht gerührt werden. (Beifall rechts.) Eine Regierung, die sich in den Dienst einer einzelnen Partei, und sei es auch der stärksten, stellte, die sich nicht in ihrem gesamten Organismus, auch in ihrer Beamtenschaft, Selbständigkeit gegenüber den Parteien bewahrte, die würde dem Lande einen halben Parlamentarismus vortäuschen, der außer allen übrigen Mängeln des Parlamentarismus noch den besonderen hätte, daß er innerlich unwahr und ungerecht wäre. (Sehr richtig! rechts.) Auch die konservative Partei will und muß ihre Unabhängigkeit und ihre Selbständigkeit gegenüber der Regierung wahren. (Lachen und Rufe links: Umgekehrt!) Je mehr Sie (zu den Konservativen) Ihre Stärke allein auf die eigene Kraft und die Ueberzeugung ihrer Angehörigen begründen, um so besser wird es nicht nur für die Regierung und den Staat, sondern auch für Sie selbst sein, eine um so stärkere Stütze Preußens werden Sie damit werden. (Beifall rechts.) Aber dieselbe Unabhängigkeit auch der Regierung werde ich Ihnen gegenüber wahren. (Lachen links.) Ich habe in diesem Zusammenhange ausdrücklich und absichtlich die Beamtenschaft berührt. Das ist ein Punkt, auf den die Herren von den liberalen Parteien in der Wahlrechtsfrage immer wieder hinweisen und über den man sich mit voller Offenheit aussprechen muß. Sie von der liberalen Seite behaupten vielfach, daß die politischen Beamten und insonderheit die Landräte nicht nur die Konservativen unterstützen, wie bei den Wahlen ihnen Handlangerdienste leisten (lebhaftes wiederholtes „Sehr richtig!" links), sondern daß sie auch eine freie Wahlentfaltung verhindern. (Erneute lebhafte Zustimmung links.) Der Beamte ist ein Diener des Staates. (Zuruf bei den Liberalen: Sollte er sein! Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ein Diener der Junker. Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Porsch:

Ich bitte wirklich keine Zwischenrufe zu machen.

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

Der Beamte ist ein Diener des Staates und nicht Diener einer Partei. (Stürmischer Widerspruch links, vielfache Zurufe: So sollte es sein!) Wie die politischen Beamten die Regierungspolitik zu vertreten haben, gegenüber allen Parteien zu vertreten haben, darüber bestehen feste und allgemein bekannte Grundsätze. (Zurufe bei den Liberalen: Die werden nicht beachtet!) Jede Leugnung dieser Grundsätze würde den Zerfall des Staatsorganismus bedeuten. Natürlich muß der Beamte für seine Person eine feste politische Ueberzeugung haben. Sonst wäre er kein guter Beamter, sonst könnte er sich in seinem Amtsbezirk nicht die Achtung verschaffen, der er bedarf. Es werden aber hierbei an den Takt und das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten große und schwere Anforderungen gestellt. Diese Anforderungen erhöhen sich dadurch, daß unsere Landräte durch die Dezentralisation der Staatsgeschäfte und durch die Entfaltung des kommunalen Lebens in eine Instanz gerückt sind, die sie zu Vertretern fast der gesamten Lebensinteressen der Kreisbevölkerung ohne Rücksicht auf die politische Richtung machen. Wenn sich aber die politischen Gegensätze — und Gott sei Dank ist das nicht der Fall — dazu auswachsen sollten, daß der Beamte seine Macht politisch mißbraucht, so kann das für den Staat nur verhängnisvoll sein. (Sehr richtig! bei den Liberalen.) Es würde das die Liebe zur Bevölkerung, die Treue zur staatlichen Mitarbeit gefährden, Eigenschaften, ohne welche ein Staat wie Preußen mit seinem beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwunge nicht leben kann. Jede Verfehmung des Andersdenkenden rächt sich. Deutschland und Preußen wissen davon ein trübes Lied zu singen. Denken Sie an die Zeiten der 20er und 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts, erinnern Sie sich des Druckes, der auf dem Volke lastete. Aber so gut ich sage: wo ein solcher Mißbrauch stattfinden sollte, mißbillige ich ihn auf das entschiedenste, . . . (lautes Lachen links); lachen Sie nicht immer! Wenn Sie nichts Besseres dagegen einzuwenden haben, dann schweigen Sie lieber! (Stürmisch links, Zustimmung rechts.) Also ich sage, ich verurteile ebensogut jeden Mißbrauch, wie ich jede Schikane verurteile. Alles das sind kleinliche Maßregeln, die weder für den Staat, noch für den Beamten, noch für die Partei würdig sind, für die sie geleistet werden. Aber dagegen protestiere ich, daß man unserem politischen Beamtentum, unseren Landräten in ihrer Allgemeinheit oder auch nur in einem irgendwie nennenswerten Umfange die Tendenzen in ihrer Amtsführung andichtet, vor denen ich soeben gesprochen habe. Ich glaube das zu wissen, ich glaube das persönlich zu wissen. Ich habe lange genug

selber im preußischen Verwaltungsdienst

gestanden. Unsere Landräte sind mit den wirtschaftlichen Interessen ihres Kreises so verwachsen, die gehen so in der Arbeit für diese Interessen auf, sie erfreuen sich auch in ihrer überwiegenden Mehrzahl so des Vertrauens ihrer Kreisbewohner, daß es ein Unrecht ist, Ausnahmen, die überall vorkommen, der Allgemeinheit zur Last zu legen und von Gebräuchen und Mißbräuchen einzelner auf den Geist zu schließen, der in der Verwaltung herrscht. (Lebhafter Beifall rechts.) Lassen Sie doch neben den Singularitäten, die in den meisten Fällen noch dazu falsch und aufgebauscht ihren Weg durch die Presse nehmen, die Tatsache nicht aus dem Auge, daß auch unsere Kreise für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Großes geleistet haben. Das weiß jeder, der sich auch nur einigermaßen um die Verhältnisse kümmert. Vergleichen Sie doch die Kreisetats aus dem Anfange der 70er Jahre mit den heutigen. Dann werden Sie sehen, in welchem Umfange die Kreise ihre Aufgaben erweitert haben. Diese ganze Tätigkeit, die sogar teils freiwillig geleistet wird, geht im letzten Ende zurück auf den Konsensus aller einzelnen. Glaubt man denn, daß die gemeinschaftliche, große Kosten verursachende Arbeit hätte geleistet werden können, wenn an der Spitze der Kreise Männer ständen, die politisch unduldsam gegen die Kreiseingesessenen wären. Ein gesundes Leben der Kreise, wie es sich bei uns entwickelt hat, wäre nicht möglich gewesen, wenn es an der entscheidenden Stelle krank wäre. (Sehr richtig! rechts.) Noch ein Wort über den Vorwurf, den man im Zusammenhang hiermit den Beamten macht. Man sagt, das preußische Beamtentum sei verknöchert. Der Geist eines Beamtentums wie das preußische ist nicht willkürlich, nicht zufällig. Er ist gewachsen und geworden mit der Geschichte, mit der Entwicklung des Staates, bei der, was man heute so gern vergißt, das Beamtentum wirklich keine unwürdige Rolle gespielt hat. Die ganze Geschichte der Entwicklung Preußens ist ein Zeichen dafür. Das hat seiner Art den strengen und vielfach barschen Charakter gegeben, durch den es das Errungene behauptet hat. Wenn Sie das konservativ nennen wollen, — aber Preußen ist dadurch ein Staat geworden. (Beifall rechts.) Nicht immer hat dieser Geist Stich gehalten; gerade seine besten Zeiten nach dem großen Aufschwunge durch die Steinschen Reformen erstarrten bald wieder in Bureaukratismus. Die zahlreichen großen und kleinen Parteien, deren politische Kämpfe uns heute in Atem halten, würden den Bruch zwischen Staat und Bevölkerung herbeiführen, wenn die staatlichen Verwaltungen sich von irgend einer Partei abhängig machen. Der staatliche nationale Organismus Preußens, den wir erhalten wollen, kann nur erhalten werden, wenn er von einem freien und vorurteilslosen Geiste erfüllt ist. (Lachen links.) Ich habe diese Ausführungen gemacht, nicht um der preußischen Verwaltung eine Lobrede zu halten, ich habe dabei auch auf Mängel und Fehler hingewiesen, die zu ihrem Teile schuld sind an dem Mißmut, der weite Kreise des Volkes erfüllt. Dieser Unmut greift viel weiter und anderswo hin, als wohin Sie meinen, die Sie mir sehr richtig zuriefen. Hinter diesem ganzen Unmut steckt das unbehagliche Gefühl, daß wir nach dem Aufschwunge, den wir genommen haben, uns kulturell in einer Periode der Stagnation befinden. (Sehr richtig!) Lassen Sie mich nur zwei Punkte herausgreifen. Die Sorge darum, ob wir mit der höheren wissenschaftlichen Erziehung und Bildung unserer Jugend noch auf dem richtigen Wege sind, erfüllt weite Kreise unseres Volkes mit Besorgnis. Wir werden uns der Lösung dieses Erziehungsproblems auf die Dauer nicht entziehen können. Und auf religiösem Gebiete. Ich will nicht von Konfessionen sprechen, es liegt mir auch fern, irgend welche religiösen oder kirchlichen Ueberzeugungen anzutasten oder gar verletzen zu wollen, aber die tiefe religiöse Bewegung, die seit Jahren die weiten Schichten unseres Volkes durchzieht, gibt mir das Recht dazu, zu sagen, daß der Drang nach innerlich vertieftem religiösen Leben, der immer

ein Grundpfeiler deutschen Wesens

gewesen ist, hoffentlich für alle Zukunft bleiben wird, nicht mehr überall vorhanden ist. Ich bin abgeschweift. Aber man muß auf alle diese Quellen zurückgehen, um zu erkennen, weshalb diese Mißstimmung, von der ich sprach, in unserem Volke vorhanden ist, und diese Mißstimmung verlangt auch eine Reform des preußischen Wahlrechts. Man wiegt sich in der Hoffnung, daß der Anfang zu allem Guten gefunden sei, wenn erst das preußische Dreiklassenwahlrecht abgeschafft worden ist. Ich muß aber immer wieder betonen, daß das ein großer Fehlgriff für alle diejenigen ist, welche in der Demokratisierung des preußischen Staates nicht das große Heil erblicken, und damit komme ich auf meine vorigen Ausführungen zurück. Wem es darum zu tun ist, alle Anklänge an einen Klassenstaat zu beseitigen, wird mir zugeben, daß das Fragen der politischen Kultur und Erziehung sind, die viel weiter reichen als die Form des Wahlsystems, und soweit sie mit dieser Form des Wahlsystems zusammenhängen, behaupte ich, daß politische Kultur und Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet ist. (Sehr richtig! rechts.) Es hat eine Zeit gegeben, wo das Parlament die politische Bildung des Volkes ausmachte. Mir scheint diese Zeit vorüber zu sein. Was einer unserer bedeutendsten politischen Schriftsteller die Politisierung der Gesellschaft nannte, kann nur noch von den unteren Elementen der Gesellschaft und des Staates ausgehen. Dort wird der allgemeine formale Rahmen der Gesetzgebung von wirklichem Leben erfüllt. Dort, wo man die Wirkung der Gesetzgebung am eigenen Leibe fühlt, vollzieht sich die Erziehung zum staatlichen Verantwortlichkeitsgefühl, das die Grundlage allen politischen Lebens ist. Und vergleichen Sie, welchen Anteil nimmt denn das Volk an der Tätigkeit der Parlamente in seiner großen Masse. Ich spreche nicht von Fällen, wo Lebensfragen der Nation, wo die Frage, ob Krieg oder Frieden das Volk bis in seine Tiefen aufrührt. Das wäre nicht der richtige Maßstab. Aber welchen Anteil nimmt das Volk an der laufenden reichlichen Arbeit der Parlamente? Die Presse hat die Sitte aufgebracht, von dem Parlament Stimmungsbilder zu liefern, bei denen man häufig den Eindruck hat, als sollte das ein Bericht über eine Theatervorstellung sein. (Heiterkeit.) Verläuft die Sitzung ruhig und sachlich — und würde es sich selbst um die wichtigsten Gegenstände handeln —, dann heißt es, daß öde Langeweile über dem Saale lagerte. Aber wenn ein großer Tag ist, dann wird davon gesprochen, welche Weste der Minister angelegt hatte. (Große Heiterkeit.) Und lustig wird es, wenn berichtet werden kann, daß der oder jener Abgeordnete temperamentvolle Angriffe gegen den Minister richtete, wobei er energische Töne fand und womöglich ein paar Ordnungsrufe erhielt. (Große Heiterkeit.) So wird das Volk verführt, in der Sensation den Kernpunkt der Politik zu finden. Ich will damit keine Kritik an der Tätigkeit der Presse üben, aber ich muß doch fragen, ob die Behauptung gerechtfertigt ist, daß die Parlamente das Zentrum sind, von dem aus politische Bildung und Erziehung auf die Volksmassen ausstrahlt, oder ob nicht umgekehrt die Demokratisierung des Parlamentarismus in allen Ländern dazu beigetragen hat, die

politischen Sitten zu verflachen und zu verrohen

(Sehr richtig! rechts) und den Fortschrittsprozeß zu hemmen, dessen wir dringend bedürfen und zu dessen Förderung jetzt die Reform des preußischen Wahlrechts gemacht wird. Ich habe alle diese Ausführungen gemacht, um einer Ueberschätzung des Wahlrechts in seinen Gründen und Wirkungen entgegenzutreten. Ich habe damit vielleicht ihre Geduld übermäßig in Anspruch genommen. Aber wenn behauptet wird, daß die Wahlrechtsfrage im Mittelpunkt im Zenit unseres gesamten politischen Lebens steht, dann konnte auch ich an den allgemeinen Fragen nicht vorübergehen.

Lassen Sie mich in kurzen Worten und in allgemeinen Zügen zunächst auf die Grundlagen der Reform eingehen, die wir Ihnen vorlegen. Mir ist mehrfach der Gedanke entgegengehalten worden, die Regierung müsse eine gründliche Liberalisierung des Wahlrechts vorschlagen, sonst werde die Sozialdemokratie noch mehr gestärkt. Der Vorschlag leidet an zwei großen Fehlern. Erstens ist Furcht immer der schlechteste Ratgeber, und zweitens, glaubt man denn, daß die Sozialdemokratie sich mit irgend einem Wahlrecht begnügen würde, das sie nicht zur Herrschaft bringt? So unschuldig sind wir doch nicht, das zu glauben. Wenn

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100211018/fragment/page=0002

wir aber bereits soweit sein sollten, daß große Teile der bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie übergehen, weil ihnen das Wahlrecht nicht genügt, so trägt dieses daran nicht die Schuld, sondern der Mangel an staatlichem Sinn bei den Ueberläufern. (Zuruf links: Die Regierung ist schuld!) Die Regierung kann nur eine Reform vorschlagen, welche in Anknüpfung an das historisch Gewordene Bestimmungen beseitigt, die keine innerliche Berechtigung mehr haben, und die Vorsorge trifft, daß das zu Erhaltende sich nicht zu schädlichen Formen auswächst. Das tut die Regierung in dem Entwurfe, und das zu tun ist ihre Pflicht. Wie oft wird in der Wahlrechtsagitation das bekannte Verdikt des Fürsten Bismarck über das Dreiklassenwahlrecht zitiert, namentlich von denjenigen, die seinerzeit die erbittertsten Gegner Bismarcks waren. (Sehr gut! rechts.) Daß Bismarck trotz dieses Verdikts in 30jähriger Tätigkeit das Wahlrecht nicht geändert hat, daß er am Ende seines Lebens, als er die Entwicklung in Deutschland und Preußen überschaute, in seinen Gedanken und Erinnerungen eine ganz andere Anschauung bekundet hatte, das wird übersehen. (Sehr richtig! rechts.) Man stellt eben Bismarck als den Theoretiker hin, der uns das Reichstagswahlrecht gegeben habe, weil er es für das vollkommenste gehalten hätte und das Dreiklassenwahlrecht verdammt habe. Aber er hat es nicht geändert. Wenn man Bismarck zum Kronzeugen für eine radikale Reform des Wahlrechts anruft, so ist das also eine

grenzenlose historische Voraussetzungslosigkeit.

Lesen Sie doch die Rede vom 28. März 1867 durch, in der Sie jene Kritik des Dreiklassenwahlrechts finden. Darin sagt Bismarck vom Reichstagswahlrecht, dessen Mängel er ausdrücklich anerkennt, daß es uns übertommen sei als ein Erbteil der Entwicklung deutscher Einheitsbestrebungen. Es sei eben dagewesen. Die verbündeten Regierungen hätten genommen, was vorlag und wovon sie glaubten, daß es am leichtesten annehmbar sein würde; weitere Hintergedanken hätten sie nicht gehabt. Ich glaube, schärfer und präziser kann der rechtliche und geschichtliche Geist Bismarcks in der Politik gar nicht gekennzeichnet werden, und auch die heutige Regierung muß sich auf diesen geschichtlichen Boden stellen; sie kann nur an das geschichtlich Gegebene anknüpfen, und wenn sie das tut, muß sie untersuchen, ob und was veraltet ist, und was sie als veraltet ansieht, muß sie beseitigen. Das ist ihre Pflicht, und auf dieser Grundlage ist der Entwurf aufgebaut.

Auf die einzelnen Bestimmungen der Vorlage will ich hier nicht eingehen, nur einen Punkt, einen negativen, will ich kurz hervorheben. Der Entwurf hält am öffentlichen Wahlrecht fest. Er ist um deswillen von vornherein für unbrauchbar, für unwürdig, für unständig erklärt worden! (Sehr richtig! links.) Das ist ja das Votum, mit dem man bis in die gebildeten Kreise der Bürger hinein die Einrichtungen des eigenen Staates zu belegen liebt! (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Frage der öffentlichen und der geheimen Stimmabgabe ist auch eine Ueberzeugungssache. Das öffentliche Wahlrecht hat so gut seine Vorzüge und Nachteile wie das geheime. Wir haben das öffentliche. Sollen wir von ihm abgehen, so müssen wir überzeugt werden, daß das geheime Wahlrecht theoretisch und praktisch das für Preußen absolut bessere sei. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung steht dieser Frage ganz anders gegenüber als vielleicht der einzelne Politiker. Der einzelne Politiker kann von den Vorzügen des geheimen Wahlrechts auf das leidenschaftlichste überzeugt sein und es deshalb mit der größten Energie verfechten. Die Regierung hat zu fragen, ob sie ein bedeutungsvolles, prinzipielles, bestehendes Recht, das für sie die Grundlage der Reform bildet, preisgeben soll oder nicht. Die Geheimhaltung der Stimmabgabe, so meint man, soll es dem Wähler ermöglichen, in voller Unabhängigkeit seiner eigenen politischen Ueberzeugung Ausdruck zu geben. (Sehr richtig! links.) Man soll doch den Begriff dieser Unabhängigkeit nicht übertreiben. Unser ganzes Leben setzt sich aus Abhängigkeiten zusammen. (Heiterkeit.) Ganz frei und unabhängig wie in der Luft schweben, ist ein Phantom. Die Abhängigkeit, die des Lebens Notdurft schafft, ist die gottgegebene Abhängigkeit, von der Bismarck einmal spricht. Die Abhängigkeit, die der Kampf der Parteien nicht zufällig mit sich bringt, nein sich ausdrücklich zum Ziele setzt, diese Abhängigkeiten begleiten den Wähler auch in die Isolierzelle des Wahlraumes hinein, und es ist der dringende und heiße Wunsch jeder Parteileitung, daß ihre Angehörigen bei der Abgabe ihrer Stimmzettel sich ihrer Abhängigkeit recht lebhaft erinnern. Man sagt, die geheime Stimmabgabe mache die Wähler von der Rücksicht auf wirtschaftliche, soziale, religiöse Dinge abhängig.

Aber es ist falsch, was jetzt in diesen Tagen vielfach behauptet wird, daß die Abhängigkeitsverhältnisse, von denen ich gesprochen habe, in unseren gegenwärtigen Zeiten stärker seien als damals, wo das preußische Wahlrecht eingeführt wurde. Im Gegenteil. Das patriarchalische Verhältnis, das zu jener Zeit die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in weitem Umfange beherrschte, ist zum Teil heute nicht mehr vorhanden. Wer im praktischen Leben steht, weiß, in wieviel Fällen es schwer ist, einen Arbeiter zu finden und festzuhalten, und daß auch der Arbeiter namentlich immer unabhängiger geworden ist, wie darüber hinaus alle Unabhängigkeiten des Lebens nicht verschwunden, aber in ihrer Wirkung geschwächt sind. Die guten Absichten des Gesetzgebers, dem Wähler in der geheimen Stimmabgabe die eigene politische Ueberzeugung auszudrücken zu ermöglichen, schafft noch nicht Unabhängigkeit. Die geheime Stimmabgabe verhilft unleugbar dazu, alle inneren und geistig

schwächeren Wähler unfrei zu machen

gegenüber den Einflüssen materieller Instinkte und persönlicher Verstimmungen und dergl. Darum hat die Sozialdemokratie beim geheimen Wahlrecht soviel mehr Mitläufer wie beim öffentlichen. Darum ist die Sozialdemokratie, die doch sonst den Fanatismus der Oeffentlichkeit hat, eine so begeisterte Anhängerin des geheimen Wahlrechts. (Sehr richtig! links.) Die Sozialdemokratie, die immer nüchterne und praktische Realpolitik treibt, schätzt also den Sukkurs, der ihr aus den Mitläufern bei der geheimen Wahl erwächst, höher ein, als die Hilfe, die sie bei öffentlicher Wahl durch den Terrorismus erzielt, und daß die Sozialdemokratie Terrorismus in sehr viel größerem Umfange treibt als irgendeine andere Partei, das ist hier in diesem hohen Hause und in der Presse des öfteren ausgeführt. (Lebhafte Zustimmung rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Pfui!)

Vizepräsident Dr. Porsch:

Herr Abg. Borgmann, ich rufe Sie zur Ordnung. (Lebhafter Beifall rechts.) — Ich bitte um Entschuldigung, es wird mir oben gesagt, daß der Abg. Liebknecht Pfui! gerufen hat. Ich nehme den Ordnungsruf gegen den Abgeordneten Borgmann mit Bedauern zurück und rufe den Abg. Liebknecht zur Ordnung. (Lebhafter Beifall recht.)

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

Danach ergibt sich die Gegenrechnung für alle bürgerlichen Parteien von selbst. Sie verlieren in ihrer Gesamtheit nicht viel, und zwar nicht, weil sich bei der geheimen Wahl persönliche politische Ueberzeugung frei betätigen kann, sondern weil mangelndes staatliches Verantwortlichkeitsgefühl unter dem Schleier des Geheimnisses Einflüssen nachgibt, zu denen es sich öffentlich nicht zu bekennen wagt. (Lebhafter Beifall rechts.) Aus allen diesen Gründen hält die Regierung an der übertommenen Oeffentlichkeit der Wahl fest. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Vorlage hat weit über Preußens Grenzen hinaus in Deutschland Interesse wachgerufen. Ich bin der Zustimmung der großen Mehrheit dieses hohen Hauses gewiß, wenn ich die Stimmen mit Entschiedenheit zurückweise, welche für das Reich eine Kontrolle über dasjenige hindizieren, was wir hier beraten und beschließen wollen. (Beifall.) Es ist vollkommen berechtigt an sich, daß man sich in ganz Deutschland dafür interessiert, wie sich in dem führenden Bundesstaate die Verfassung gestaltet. Aber es ist für viele Kreise der praktische Wunsch dabei vorhanden, es möge Preußen durch ein modernes Wahlrecht so demokratisiert werden, daß ein im letzten Ende auch demokratisierter Bundesrat die Geschicke des Reiches bestimmen möge. (Sehr richtig! rechts.) Das ist eine Entwicklungslinie, der wir widerstreben und der wir widerstreben müssen, gerade mit Rücksicht auf das im Reich geltende Wahlrecht. (Lebhafter Beifall rechts.) Vielfach wird gefordert, daß unsere konstitutionelle Entwicklung in verschiedenen Bundesstaaten homogene Bahnen einschlagen müsse. Das ist eine dogmatische Forderung ohne jedes Verständnis für Deutschlands Geschichte, für seine Kultur. Wenn es deutschem Wesen und deutscher Kultur entspräche, daß wir den Norden und den Süden in gleiche politische Formen paßten, dann hätte sich im Laufe der tausendjährigen deutschen Geschichte längst der zentralistische Einheitsstaat entwickelt. Daß dies nicht geschehen ist, ist nicht ein Zufall der Geschichte, sondern liegt in einem tiefen Zuge des deutschen Wesens, der, wenn er auch die Quelle unseres politischen Elends war, doch mit dem Reichtum und der Innerlichkeit deutscher Kultur und allem, was sie geschaffen hat, eng zusammenhängt. Der individualistische Zug im deutschen Wesen, der starke Isolierungstrieb, wie es Bismarck einmal nannte, hat es lange verhindert, eine politische Form zu finden, hat Jahrhunderte lang Deutschland zum Spielball fremder Interessen gemacht. Aber als endlich die Form gefunden wurde, weil sie gegen das Ausland gefunden werden mußte, da konnte es nur der föderative Staat sein, in dessen Wesen es eben liegt, daß die einzelnen Teile ihre durch Geschichte, durch Kultur und Charakter der Stämme gegebene Eigenart frei entfalten können, ohne daß das Ganze Schaden erleidet. Wir können und wir wollen diese Eigenart der bayerischen und schwäbischen und sächsischen Stämme und wie sie auch heißen, nicht missen, diese Eigenarten, die sich nicht nur in den Sitten und Gewohnheiten der Bevölkerung, sondern auch in politischen Formen der Staaten aussprechen, als einen Teil unseres eigenen Deutschtums achten. Aber ebenso soll man uns auch nicht unsere preußische Eigenart verkümmern. (Zustimmung.) Man soll mit den Schlagworten: wie „agrarisch", „reaktionär" Preußen nicht in Verruf bringen. Daß dient weder dem deutschen Ansehen, noch der deutschen Einheit. (Zustimmung.) Denn schließlich ist doch Preußen und Preußens Eigenart es gewesen, die nicht an letzter Stelle bei der Wiedererstehung des Reiches mitgearbeitet hat. (Lebhafter Beifall.) Aber diese Tatsache schließt auch eine Verpflichtung in sich. Ich will mit Berufung auf sie sagen, daß nicht etwa in Preußen auf alle Dauer alles beim Alten bleiben müsse, daß Ueberlebtes erhalten und verteidigt werden müsse. Preußen muß sich im Zusammenhang mit der ganzen deutschen Entwicklung erhalten. Dazu gehört nicht nur Achtung und Verständnis für die besondere politische und Kulturkraft, sondern vor allem, daß sich

Preußen selbst stark erhält

und daß dann auch diese seine Stärke sich dem Reiche dienstbar macht. Wenn sie — und damit will ich schließen — bei der Beratung der gesamten Wahlrechtsfrage neben dem agitatorischen Beiwerk auch solche Gesichtspunkte, wie ich sie eben angegeben habe, zu ihrem Rechte kommen lassen, dann werden Sie Beschlüsse finden, die dem Wohle nicht nur Preußens, sondern auch des Deutschen Reiches dienen. (Stürmischer Beifall rechts; Zischen bei den Sozialdemokraten; darauf erneuter Beifall rechts.)

Minister des Innern v. Moltke

spricht unter großer Unruhe des sich langsam leerenden Hauses über die Einzelheiten der Vorlage. Er erläutert die Bestimmungen der Vorlage. Die Form der indirekten Wahl könne fallen gelassen werden, da die heutigen Verkehrsverhältnisse sie überflüssig gemacht haben.

Abg. Frhr. v. Richthofen-Mertschwitz (kons.):

Ehe der Ministerpräsident zu sprechen begann, ertönten hier im Saal Rufe von jener (zu den Soz.) Seite, wie man sie selbst auf der Straße nicht hören würde. (Lebhafte, laute Zurufe rechts: Sehr richtig! Bravo! Lärm bei den Soz. Abg. Ströbel ruft zur Rechten hinüber. Vizepräsident Dr. Porsch: Abg. Ströbel, Sie haben nicht das Wort!) Leider haben wir hier keine Mittel, wie den Ausschluß von den Sitzungen, die wir im Reichstag besitzen, um erzieherisch zu wirken. Das Verhalten dieser Herren war ganz unerhört. (Erneuter lebhafter Beifall). — Wir Konservativen sind durchaus keine Reaktionäre, in manchen Dingen haben wir uns fortschrittlicher als die Freisinnigen erwiesen. (Lachen links.) Wir suchen auf jedem Gebiete auch den Gegner zu verstehen. Die Wahlrechtsvorlage ist vor allem eine preußische Angelegenheit. Die Vorzüge unserer Beamtenschaft erkennen wir durchaus an. Aber ihnen ein Vorrecht zu gewähren, ist doch nicht unbedenklich, wenn das zu einer Benachteiligung des erwerbstätigen Mittelstandes führt. Und das geschieht. (Lebh. Zustimmung rechts.) Die Sozialdemokratie will mit dem Reichswahlrecht Preußen nicht nur demokratisieren, sondern sozialdemokratisieren! Der „Vorwärts" empfahl neulich, man solle die bürgerlichen Volksvertreter mit klatschenden Geißelhieben in der Wahlrechtsfrage vorwärts treiben. (Heiterkeit.) Leider läuft der Freisinn schon, ohne daß er getrieben wird! (Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie will das Volk mit ihrer Wahlrechtsforderung auf den Weg der Revolution drängen. Wer auf diesem Gebiete mit der Sozialdemokratie kokettiert, der versündigt sich an Preußen. Und wenn die rote Flut kommt, wird sie auch diese Elemente fortschwemmen. Für die, die der Sozialdemokratie den Steigbügel halten, haben die Sozialdemokraten an dem Tage, da die Kapitalisten aufgehängt werden sollen, nach ihrer eigenen Ankündigung einen goldenen Nagel in Bereitschaft (Heiterkeit). Wir wollen einen christlichen Staat, wir hoffen, dieses Parlament wird noch einmal ein Preußentag werden, anders als der der Sozialdemokratie, und deshalb bekämpfen wir jede Demokratisierung des Wahlrechts. Wir werden im vollen Gefühl unserer Verantwortung an die Kommissionsarbeit gehen und unsere Endentscheidung erst nach reiflicher Prüfung treffen. Wir wissen, daß hier nicht nur materielle, sondern auch sehr große ideale Güter des Preußenvolkes zu schützen sind. (Stürmischer, langanhaltender Beifall rechts, Zischen bei den Sozialdem.)

Abg. Träger (frs. Vp.):

Namens meiner Freunde erkläre ich, daß nach unserer einmütigen Ueberzeugung diese Vorlage für uns unannehmbar ist, schon deshalb, weil das geheime Wahlrecht darin nicht enthalten ist. (Beifall links.) Ich erkläre ferner, daß wir uns an den Kommissionsberatungen beteiligen wollen, um vor dem Lande unsere Stellung im einzelnen zu rechtfertigen, wir behalten uns auch die Stellung von Anträgen vor. Nach den Januarvorgängen von 1908 waren unsere Hoffnungen auf die Wahlreform keine allzu hohen. Das vorliegende Resultat hat uns aber doch überrascht. (Sehr richtig links.) Die Vorlage ist sogar eine Verschlechterung des bisherigen Wahlrechts. Der Ministerpräsident hat seine Rede in demselben ruhigen Ton der wohlwollenden Erwägung aller Momente gehalten, wie bei der Wahlrechtsnovelle von 1908. Der Ministerpräsident scheint es zu verurteilen, daß eine politische Partei den Willen zur Macht hat. Wir haben diesen Willen zur Macht auch, wenn auch nicht als Zweck. Der Ministerpräsident hat auch von der Agitation abwesend gesprochen und scheint die Verhandlung dieser Vorlage als ein Sammelbecken für allen möglichen Unrat anzusehen. Heute kann aber auch eine noch so starke Regierung nicht gegen den ausgesprochenen Willen der großen Mehrheit eines Volkes regieren. (Sehr richtig! links.) Es ist richtig, daß Preußen in Deutschland die Vormacht ist, aber das darf nicht heißen, wir in Preußen machen, was wir wollen. Mit diesem Standpunkt kommt man nicht weiter. (Sehr richtig! links.) Ich bedaure, daß der Ministerpräsident durch seine Begründung den deutschen Reichskanzlers einen sehr schlechten Dienst erwiesen hat. (Zustimmung links.) Wenn von organischer Fortentwicklung die Rede war, so war damit doch nicht etwa gemeint, eine organische Fortentwicklung innerhalb des Dreiklassenwahlrechts, sondern die gesamten Wahlvorschriften sollten organisch fortentwickelt werden. (Sehr richtig! links.) Nun hat die Regierung die Wahlmänner beseitigt und die direkte Wahl eingeführt. Schon mit dieser Aenderung verläßt sie die Bahn der organischen Fortentwicklung innerhalb der bestehenden Vorschriften und sie sollte nun auch noch einen Schritt weitergehen. (Sehr richtig! links.) Der Abg. v. Richthofen hat vom Wahlmann, wie er heute besteht, offenbar eine ganz falsche Vorstellung. Er sieht in ihm nicht bloß eine Dekoration, ein unnützes Beiwerk, sondern den Vertreter und die Stütze der ganzen Wahlhandlung. Wenn die Regierung diesen wichtigen Wahlmann beseitigt, dann hat auch das System der Klasseneinteilung absolut keinen Wert und keine Bedeutung mehr. (Sehr richtig! links.) Dann wird eine inhaltslose Hülse konserviert und nichts weiter. Die Regierung hätte ohne weiteres nun auch den Weg zum gleichen Wahlrecht finden müssen. Wenn sie das nicht getan hat, so geschah es nicht aus Furcht, Bestehendes zu beseitigen, sondern es geschah aus ganz anderen Gründen. (Sehr richtig! links.) Also das Klassenwahlrecht ist geblieben und die Ungleichheit ist damit erneut befestigt. Die Begründung sagt, daß das Gewicht der einzelnen Stimmen sich richtet nach der Zahl der Wähler, die jeweilig in derselben Klasse wählen. Damit ist flipp und klar ausgesprochen, daß wir im preußischen Wahlrecht ein ungleiches Wahlrecht haben. (Sehr richtig! links.) Fällt der Wahlmann, so hätte auch die Klassenwahl fallen müssen, denn fällt der Herzog, so muß auch der Mantel fallen. Aber den Mantel hat man nur noch fester gezogen. (Sehr richtig links.) Neu ist die eingeführte Maximierung, eine Bereicherung unseres Sprachschatzes, aber keine Bereicherung der Materie. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Ich bete durchaus nicht wie Herr v. Richthofen die Statistik geradezu an, aber ich sage auch nicht gleich, sie sei gefälscht, wenn sie mir nicht paßt. Es kommt aber bei einer Statistik nicht bloß auf die Zahlen an, sondern auf die Fragestellung. (Sehr richtig! links.) Es kommt vor allem darauf an, was man von einer Statistik hören will. Auf die Fragestellung kommt oft alles an. Was sollen wir nun damit anfangen, wenn uns nachgewiesen wird, daß unter Umständen Abgeordnete von allen drei Klassen gewählt worden sind. Was sollen wir mit einer Erörterung der tiefsinnigen Frage, wie oft die Wähler erster und zweiter Klasse die Wähler dritter Klasse überstimmt haben usw. Das ist uns gleichgültig. Für uns ist das Prinzip der Gleichberechtigung die Hauptsache. (Lebhafter Beifall links.) Mit der Einführung der Maximierung will man die bisherigen Schönheitsfehler, die Bezirke mit ein und zwei Wählern, beseitigen. Im ganzen trifft aber die Maximierung nur 13 000 Wähler und nur eine geringe Zahl von Wahlkreisen. Im übrigen wird alles beim alten bleiben. (Sehr richtig! links.) Bei der Begründung des Aufrückens einzelner Kategorien von Beamten in höhere Klassen hat sich die Regierung ins eigene Fleisch geschnitten. Erst hat man uns hier des langen und breiten auseinandergesetzt, daß in den meisten Kreisen der Abgeordnete von der zweiten und dritten Klasse bei der Wahl zum Ausdruck gekommen sei. Jetzt aber sagt die Regierung selbst, daß das Wahlrecht dieser geistig hochstehenden Wähler in der dritten Klasse nicht ins Gewicht fällt. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Deshalb sollen sie in die höhere Klasse. Also selbst die Regierung sagt, daß die Wähler dritter Klasse entrechtet sind. (Sehr richtig! links.) Einige Berufsgruppen sollen nun durch die Vorlage die Möglichkeit bekommen, in die höhere Klasse aufzurücken. Wo bleiben aber die anderen Kategorien? Wie zum Beispiel hervorragender Künstler? Wo bleiben so viele andere Stände? Wo bleiben die Handwerker, wo die freien Erwerbsgruppen, die vermöge ihrer praktischen Tüchtigkeit, durch die sie vorwärts gekommen sind, einen berechtigten Anspruch auf die gleiche Berechtigung haben, wie die bevorzugten Kategorien? (Sehr richtig?) Wir haben hier infolgedessen eine politische Entrechtung der Erwerbsstände zugunsten der Beamten. (Sehr richtig!) Ich gönne den Beamten alle Beförderungen, alles Ansehen von ganzen Herzen, aber es fragt sich nur, ob das der richtige Weg ist, ihnen Anerkennung zu geben. Und dann mögen sich die Beamten, indem ich ihnen Kattowitz entgegenrufe, einmal fragen: Ist es eine goldene Kette, die ihnen umgehängt wird, oder sind es eiserne Fesseln, an die sie gebracht werden sollen. (Lebhafte Zustimmung links.) Es scheint doch da eine ganz bestimmte Absicht obzuwalten, und gerade nach den Vorgängen von Kattowitz muß man darauf kommen. Wir stellen unsere Forderungen hier nicht aus Rücksicht auf Agitation, sondern wir gehen unseren Weg nach unserer besten Ueberzeugung, und die verlangt ein gleiches und gerechtes Wahlrecht. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Schiffer (natl.):

Herrn Trägers Rede haben wir mit großer Freude begrüßt, weil sie eine intransigente Haltung in Sachen des Reichswahlrechts nicht zeigte. Das ist ein Fortschritt des Freisinns. Wir lehnen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nach wie vor ab. Einmal, weil es ohnehin zurzeit eine Unpöglichkeit ist, dann aber auch, weil wir es nicht für zweckmäßig halten. Daß wir dabei im Reiche das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht nicht antasten, versteht sich von selbst. Die Vorlage genügt uns bei weitem nicht, wenn auch die Einführung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100211018/fragment/page=0003

der direkten Wahl ein Vorteil ist. Freilich wohl mehr ein formeller Vorteil. Wir fordern neben der Beseitigung der indirekten Wahl die Beseitigung der plutokratischen Starrheit und der Oeffentlichkeit der Wahl und eine Neueinteilung der Wahlkreise. (Bravo links, Heiterkeit rechts.) Die Bevorzugung der Beamten erfolgt offenbar nach dem Satze: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand. Aber wenn einer nicht zehn Jahre Beamter bleibt, dann wird er behandelt nach dem Satze: Wem Gott das Amt nimmt, dem nimmt er auch den Verstand. Im Namen der Beamten, die vielleicht nicht zehn Jahre in ihrem Amte belassen werden (der Redner wendet sich zum Ministerpräsidenten, möchte ich gegen diese Praxis protestieren. Die Privilegien der Vorlage sind eine Belohnung des Examens auf Kosten des praktischen Könnens, eine Bevorzugung der Beamten auf Kosten der freien Berufe und eine Begünstigung der Militäranwärter gegenüber den Zivilanwärtern in der Beamtenschaft. In einer Zeit, wo man mit dem Examensunfug aufräumen will, ist das doch eine merkwürdige Praxis. Die Maximierung führt zu einer enormen Bevorzugung der Bemittelten auf dem Lande, vor denen in den Städten. Warum bringt die Vorlage nicht die Neueinteilung der Wahlkreise? Wir haben sie stets verlangt, freilich nicht so, daß die Kopfzahl, sondern daß geschichtliche, kulturelle und wirtschaftliche Erwägungen dabei maßgebend sein sollten. Wir unterscheiden uns hierin also erheblich vom Freisinn, und es ist bedauerlich, wenn eine gewisse Presse uns mit den Freisinnigen in dieser Frage in einen Topf wirft. Man hat uns vorgeworfen, daß der Abg. Schmieding als Liberaler für die öffentliche Stimmabgabe eingetreten ist. Es gibt aber auch konservative Stimmen, die sich für die geheime Wahl ausgesprochen haben. Und außerdem hat der Abg. Schmieding diese Frage nur als eine offene bezeichnet. Herr von Bethmann sprach von der gottgegebenen Abhängigkeit, er übersieht aber, daß wir alle der illegitimen Abhängigkeit entgegenzutreten verpflichtet sind. Daß die geheime Wahl nicht gegen den Brauch in Preußen verstößt, lehren eine ganze Menge preußischer Wahlreglements, zum Beispiel für die Kreisausschußwahlen. Wenn der Ministerpräsident es auch bestreitet, die Gestalt der Vorlage zeigt doch unabweisbar, daß nur wegen der Thronrede etwas geschehen sollte. Die Thronrede sprach von der organischen Fortbildung des geltenden Wahlrechts. Organisch! Wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein! (Heiterkeit.) Sind die Neuerungen, die die Vorlage bringt, zum Beispiel die Berücksichtigung der Bildung und der Bildungssurrogate organische Fortsetzungen des geltenden Rechts? Und sind unsere Forderungen zum Beispiel die Neueinteilung der Wahlkreise, die nur dem Gesetz von 1860 entsprechen würde, etwa unorganisch? Die Vorlage ist — unorganisch. (Heiterkeit.) Diese Vorlage entspricht nicht dem, was Fürst Bülow seinerzeit in Aussicht stellte; übrigens würde Fürst Bülow auch durch das Gesetz benachteiligt werden, da er nicht volle zehn Jahre im Amte war. (Heiterkeit.) Wenn das das Ergebnis der Reformankündigungen des Fürsten Bülow war, dann lohnte sich die Aufregung über die Worte des Fürsten in der ganzen Zeit bis heute wahrlich nicht. Die Regierung hält die Vorlage für notwendig, weil sie der König versprochen hat. Nein, weil sie notwendig ist, hat sie der König uns versprochen, und nicht umgekehrt. (Lebhafter Beifall links.) Die geringe Wahlbeteiligung in Preußen ist auf das schlechte Wahlrecht zurückzuführen. Ein Wahlrecht aber, das nicht zum Wählen, sondern zum Nichtwählen anregt, hat seinen Beruf verfehlt. (Lebhafte Zustimmung links.) Ist diese Vorlage das letzte Wort der Regierung, so muß man an ihrem Erfolge nicht nur zweifeln, sondern verzweifeln. (Sehr richtig! link.) Die Oeffentlichkeit der Wahl muß beseitigt werden. Der Landrat, der Wahlvorsteher, braucht nur im Wahllokal zu sein, er braucht nicht mit den Augen zu zwinkern, um die Bauern und Landarbeiter in ihrer Stimmabgabe zu beeinflussen. Ja, es genügt, daß sein Geist in den Räumen wandle, um den Bauern beizubringen, wie sie stimmen müssen. (Heiterkeit.) Wenn auch diese Wahlrechtsvorlage fällt, die Wahlrechtsfrage bleibt und sie wird bleiben, bis sie gelöst ist. Wir werden nicht ruhen, bis sie gelöst ist. Freilich werden wir nicht mit Wahlrechtsdemonstrationen operieren, wie sie heute wohl nur des schlechten Wetters wegen unterblieben sind. (Zuruf bei den Soz.: Ach nein, die kommen noch!) Die kommen noch? Nun, wir fürchten sie nicht. Wir verurteilen diese Straßenkundgebungen auf das schärfste. Wenn Sie (zu den Soz.) glauben, mit solchen Kundgebungen auf die bürgerlichen Kreise zu wirken, die auf die Geschicke unseres Volkes maßgebenden Einfluß üben, dann irren Sie sich. Und wenn sie sich eine Wirkung auf Ihre Anhänger versprechen, dann schätzen Sie diese sehr niedrig ein. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Sie haben die Verantwortung für die Folgen solcher Demonstrationen, die leider immer nur die Teilnehmer, nicht Sie, die Führer, treffen. Sie sollten sich dieser Verantwortung bewußt sein! Uns Liberalen erschweren Sie durch Ihre Kundgebungen nur die Arbeit für ein gerechtes Wahlrecht. Wir werden uns angelegen sein lassen, aus dieser Vorlage etwas positiv Brauchbares zu schaffen. (Stürmischer Beifall bei den Liberalen, Zischen bei den Soz., darauf erneuter lebhafter Beifall bei sämtlichen bürgerlichen Parteien.)

Das Haus vertagt die weiteren Beratungen auf Freitag 11 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Deutsches Reich.

Englischer Klatsch.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt in ihrer gestrigen Abendausgabe:

Der „Standard" erzählt eine alberne Geschichte, wie der Kronprinz ein Theater besuchen wollte, die Kaiserloge durch andere Gäste besetzt fand und unverrichteter Dinge umkehren mußte. Er habe sich selbst in diese Verlegenheit gebracht, weil er der Direktion seinen Besuch nicht rechtzeitig angekündigt hätte. Der Vorfall hätte den Kaiser geärgert, und er hätte über den Kronprinzen 48 Stunden Stubenarrest verhängt. Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß die Erzählung des „Standard" von A bis Z erfunden ist.

Zur Affäre Zintgraff

meldet die offenbar von zuständiger Seite unterrichtete „Köln. Ztg." aus Berlin, daß die Nerven Zintgraffs durch seinen Mißerfolg am Hofe Menelniks stark erregt worden seien, umsomehr als er an einer Lebertrankheit litt. Die Gereiztheit in seinem Wesen übertrug sich auf seine Beziehungen zum Gesandten und auf die Art, wie er mit diesem schriftlich verkehrte, die wohl einzig in der Geschichte unserer Beamtenwelt dasteht.

Es ist lange erwogen worden, ob man gegen Zintgraff wegen seiner vielfachen Verfehlungen die Disziplinaruntersuchung einleiten solle; schließlich hat man jedoch davon abgesehen in Rücksicht auf seine krankhafte Erregung, sodann vor allem, weil er selbst auf weitere Tätigkeit im Dienste des Auswärtigen Amts verzichtete.

Schutz von Literatur- und Kunstwerken.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt:

Der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der revidierten Berner Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst ist dem Bundesrate zugegangen und wird, wie es der Staatssekretär des Reichsjustizamts bei der Beratung des Justizetats in Aussicht gestellt hat, in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Der Entwurf bringt die Aenderungen und Ergänzungen unseres inneren Rechtes, die erforderlich sind, um die neue internationale Uebereinkunft, die auf der Berliner Konferenz im Herbste 1908 von den Delegierten der Verbandsstaaten unterzeichnet und im vorigen Jahre von dem Bundesrat und Reichstage genehmigt worden ist, in Kraft treten zu lassen. Von den Materien, die dabei in Betracht kommen, ist namentlich die Neuregelung des Schutzes der Werke der Tonkunst gegen Wiedergabe durch mechanische Instrumente für die Interessentenkreise von Bedeutung. Im Zusammenhange damit steht die Einführung eines urheberrechtlichen Schutzes der Vorrichtungen (Walzen, Platten usw.) für mechanische Musik- und ähnliche Instrumente gegen unbefugte Nachbildung.

Eine Verlängerung der dreißigjährigen Frist für den Schutz des Urheberrechts wird in dem Entwurfe nicht vorgeschlagen. Die revidierte Berner Uebereinkunft bringt zwar auch in dieser Beziehung eine Aenderung des bisherigen internationalen Rechtes, indem sie die Dauer des Schutzes grundsätzlich auf fünfzig Jahre festsetzt. Sie läßt aber den einzelnen Vertragsstaaten die Möglichkeit, hierin von dem Unionsrecht abzuweichen. Soweit dies geschieht, wird freilich das Ziel der Einheitlichkeit des in der Union anzuwendenden Rechtes in einem wichtigen Punkte nicht erreicht, und es läßt sich nicht verkennen, daß dies vom internationalen Standpunkt aus unerwünscht ist. In Deutschland hat sich jedoch mit Rücksicht auf die sozialen Wirkungen einer Verlängerung der Schutzfrist die öffentliche Meinung überwiegend gegen eine solche Maßnahme erklärt, und auch in den an einer Verlängerung der Schutzfrist unmittelbar interessierten Kreisen der Urheber und Verleger ist der Gedanke einer entsprechenden Aenderung des Urheberrechtsgesetzes zum Teil auf lebhaften Widerspruch gestoßen. Im Reichstage haben sich schon bei den im Jahre 1909 stattgehabten Verhandlungen über die revidierte Uebereinkunft die meisten Redner in dem gleichen Sinne ausgesprochen. Die Reichsverwaltung hat es unter diesen Umständen für angezeigt erachtet, noch vor der abschließenden Feststellung des jetzigen Entwurfs eine besondere Beschlußfassung des Bundesrats über die Frage herbeizuführen. Auf dieser Beschlußfassung beruht es, daß der Entwurf davon absieht, eine Aenderung der geltenden Schutzfrist in Vorschlag zu bringen.

Parteinachrichten.

Der Berliner Parteitag der freisinnigen Volkspartei erhob in seiner Tagung am Mittwoch schärfsten Protest gegen die dem preußischen Landtag unterbreitete Wahlrechtsvorlage. Die im Entwurf vorgesehene ungerechte Privilegierung einzelner Berufskreise, die Beibehaltung der Dreiklassenwahl, die Aufrechterhaltung der völlig veralteten Wahlkreiseinteilung und besonders die Verweigerung der geheimen Stimmabgabe sind so schwerwiegende Mängel, daß dagegen die Einführung der direkten Wahl nicht ins Gewicht fällt. Die Regierungsvorschläge bedeuten keine zeitgemäße Reform, sondern sind Flickwerk und Stückwerk mit dem offensichtlichen Zweck, unter dem Anschein von Verbesserungen das durch und durch ungerechte Wahlsystem zu erhalten und damit die Herrschaft des agrarischen Junkertum in Preußen auch ferner zu sichern.

Kleine politische Nachrichten.

Der Bericht des Reichsversicherungsamts

über seine Tätigkeit im Jahre 1909 ist nahezu fertiggestellt und wird in nächster Zeit dem Bundesrat und Reichstage unterbreitet werden.

Gegen die geplante Ausstellung konkurrenzfähiger amerikanischer Industrie-Erzeugnisse

in Berlin hat die Handelskammer in Bielefeld Einspruch erhoben, weil der Plan eine einseitige Bevorzugung eines unserer wichtigsten Konkurrenzstaaten unter dem Schutze der deutschen Regierung darstelle.

Die Schiffahrtsabgaben und das Ausland.

Wie berichtet wird, hat Preußen bereits seine Vorverhandlungen mit Oesterreich und den Niederlanden aufgenommen. Eine Konferenz von Vertretern der drei Staaten soll am 1. und 2. Ostertag in Düsseldorf stattfinden.

Für die sozial-medizinische Fortbildung von Aerzten

hat der Etat des Reichsamts des Innern 10 000 Mk. gefordert. Die Budgetkommission aber lehnte gestern diese Forderung ab.

Hof- und Personalnachrichten.

* Zu dem Besuch des Prinzen und der Prinzessin Heinrich in London wird der „Voss. Ztg." von dort durch den Draht gemeldet: Prinz und Prinzessin Heinrich treffen in London wahrscheinlich am nächsten Dienstag ein. Sie werden als Gäste des Königs und der Königin zuerst im Buckingham Palast wohnen und später den Prinzen von Battenberg im Kensington Palast besuchen. Der Aufenthalt in England wird vierzehn Tage dauern. Der König wird ein Festbankett zu ihren Ehren geben. Der Besuch ist rein privater Natur; Prinz Heinrich wird dem König Eduard seinen Dank abstatten für die Ernennung zum Admiral der Flotte in der britischen Marine.

* Am 23. März d. J. findet, wie aus Korfu berichtet wird, im Parke des Achilläon in Gegenwart des Kaisers die Aufstellung und Einweihung des neuen Achilles-Denkmals statt. Deutsche Matrosen einiger Kriegsfahrzeuge, die zu jener Zeit vor Korfu ankern werden, werden die Ehrenwachen stellen.

Geschäftsverkehr.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

„Janus" in Hamburg. Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft (errichtet 1848). Im Januar 1910 wurden Lebensversicherungsanträge über eine Gesamtsumme von 3 177 300 Mk. (gegen 2,883 200 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres) eingereicht. In der Renten- (Pensions-) Abteilung wurden Rentenversicherungen mit einer Einlage von 117 359 Mk. (gegen 77 332 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres) beantragt. Die Unfall- und Haftpflicht-Abteilung erbrachte einen Prämienzugang von 17 251 Mk.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 11. Februar.

Austritt aus dem Allgemeinen Bürgerverein.

Der II. und V. kommunale Bezirksverein hatten gestern abend in ihren Vereinslokalen gutbesuchte Versammlungen, die beide den Austritt aus dem Allgemeinen Bürgerverein für städtische Interessen beschlossen.

Im V. Verein erfolgte der Beschluß einstimmig, im II. gegen eine starke Minorität.

Der IV. kommunale Verein ist bereits ausgeschieden.

Vom „Keller'schen Aeroplan".

In den nächsten Tagen wird Herr Paul Keller, wie er uns versichert, auf dem Exerzierplatz, und zwar von der Brandbergen aus, Gleitflüge versuchen. Er will hierzu, so plant er, die zusammengefügten Seitentragflächen oder Hauptschwinger seines im Bau begriffenen Aeroplans benutzen.

Was diesen selbst betrifft, so steht er im Gerippe vollständig fertig in der Werkstatt seiner beiden Meister Keller und Otto Heyroth. Das Gestell gleicht einem Schiffskörper und besteht ausschließlich aus Malakka- und Buchenholz sowie Bambusstäben. Die Steuerung wird durch dünne Drahtseile vom Führersitz aus bewirkt. Der Apparat soll einen Motor von 40 PS erhalten. Die Flugmaschine mißt von der Schwanzspitze bis zum Propeller 6 Meter, die Breite ist 10 Meter. Als Neuerung erhält die Kellersche Flugmaschine an den beiden Seiten Luftsäcke, die sich beim Absteigen füllen, wodurch der Konstrukteur sanftes, gefahrloses Abgleiten erhofft. Der Apparat erhält noch ein auf vier Pneumatik-Rädern ruhendes Fahrgestell aus Mannesmannrohren.

Bis auf den Motor und den Kontinental-Ballonstoff ist zur Fertigstellung der Flugmaschine alles zur Stelle.

Die ersten Flugversuche gedenkt der Erfinder bis Ostern ausführen zu können. Sie hoffen, daß ihnen, denen es mit ihrer Sache heiliger Ernst ist, Finanzleute beispringen.

Die Blütezeit der deutschen Bildhauerkunst im Mittelalter.

Vortrag von Professor Dr. Adolph Goldschmidt.

Wie Magdeburg durch die ottonischen Kaiser zu einem Mittelpunkt der Zivilisation wurde, so schufen die fränkischen Herrscher aus Bamberg eine Zentrale für Kunst und Kultur. Zuerst waren einheimische Kunstwerke nicht vorhanden. Sie wurden vom Rhein her eingeführt und ihr Stil entwickelte sich allmählig — analog dem sächsischen — unter dem Einflusse der französischen Plastik

Der Bamberger Dom gleicht einem Museum für Plastik. Die in der ottonischen Zeit errichteten Bauteile sind nicht mehr vorhanden; der Neubau wurde 1192 begonnen. Aeußerlich zeigt der Dom vier Türme, von denen die Osttürme massiv, eckig, die anderen beiden leichter, nach französischem Vorbilde wirken. Das Innere zeigt Weiträumigkeit. Der Stil weist romanischen und gotischen Charakter auf.

Zu den frühesten plastischen Arbeiten gehört der Schmuck der Chorschranke (heil. Michael, Propheten- und Aposteldarstellung). Derselben Periode gehören die Figuren des Nordportals an der Ostseite an. Das Nordportal des Domes ist dagegen überaus reich gestaltet, mit vielen Säulen und Archivolten versehen. Die linksseitig angebrachten Apostelfiguren in ihrer strengen, steifen Form unterscheiden sich scharf von den rechts angebrachten, in freierer Gestaltung geschaffenen Gegenstücken. In zahlreichen Details an den Einzelfiguren ist die allmähliche Aenderung des Stils erkennbar (Maria). In der Nachahmung der französischen Originale tritt fast immer Uebertreibung ein.

Auch an der ins Türsels einkomponierten Gruppe „Das jüngste Gericht" macht sich neben moderner neuer Richtung die alte Schule deutlich kennbar (Gruppe der Seligen und der Verdammten), wie an den Figuren „Ekklesia" und „Synagoge" Magdeburger Vorbilder (Jungfrauen) deutlich sprechen.

Das Südportal an der Ostseite, das anfangs mit Zickzackornamenten versehen, erst später durch eingefügte Figuren ausgeschmückt wurde, weist Werke der letzten Ausbildung der Bamberger Schule auf. Neben einem Breiter- und Vollerwerden der Figuren ist die Großflächigkeit im Gewande charakteristisch (Heinrich, Adam und Eva u. a.). In prägnanter Gesichtslinienführung wird das Geschlecht der Person gezeichnet.

Durch Vergleiche der deutschen mit französischen Kopftypen ergibt sich der Unterschied, daß bei französischen Werken elegantere, zierliche, schärfer geschnittene Art urwüchsigem, breiterem, aber an Empfindung tieferem deutschen Stil gegenübertritt.

m. k.

Nicht Theaterdirektor, sondern Kritiker! In unserer gestrigen Schauspielkritik über die Erstaufführung von Hermann Bahrs Lustspiel „Das Konzert" hat sich infolge undeutlicher Schreibweise ein Fehler eingeschlichen, der nachstehend berichtigt sei. Es heißt in der Besprechung: „Hermann Bahr war lange Zeit Theaterdirektor". Das ist natürlich falsch; denn Bahr stand fast immer am entgegengesetzten Pol: er war Kritiker. Alle Welt weiß, daß der Dichter zwar als Ober-Regisseur nach München gewählt war, daß aber Konterminen gelegt wurden, die es ihm unmöglich machten, sein Amt anzutreten. Bahr begnügte sich später mit einer anständigen Abfindungssumme. Das war das Gescheiteste. Also: nicht Direktor, sondern „nur" — Kritiker und Dramaturg.

W. G.

Kammermusik-Abend des Rebner-Quartetts. Das rühmlichst bekannte Quartett des Frankfurter Konservatoriums veranstaltete gestern einen interessanten Abend. Auf dem Programm standen Beethovens A-moll-Quartett (aus den letzten Quartetten) und das H-moll-Quartett von Spohr. Neu für Halle war das A-dur-Quartett von Alex Zemlinsky. Das Konzert fand statt zugunsten des Pariser Ueberschwemmungsfonds. Das leider sehr schwach besuchte Haus spendete reichen Beifall. Ausführliches in der Abendzeitung

Th.

Beim „Völkerfest am Nordpol", dem originellen Karnevalsfest des Ruderklubs „Nelson", hatte die wahrheitsgetreue Dekoration der arktischen Landschaft aus dem Reiche der Mitternachtssonne in den „Thaliasälen" allgemeine Bewunderung erregt. Wie wir erfahren, hat der Kunstmaler Herr Fr. Josef Seidlein-Halle die Ausführung in Händen gehabt und mit der Dekoration ein Kunstwerk origineller Art geschaffen.

Unterhaltungsblatt.

Rosen-Felix. Originalroman von Walter Schmidthäßler. (Forts.) — Die Juwelen der Baronin. Erzählung von A. Prätorius. — Theater und Musik. — Der Büchertisch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100211018/fragment/page=0004

Letzte Nachrichten.

Landtagsersatzwahl.

H. **Bielefeld, 10. Febr.** Die Landtagsersatzwahl im Wahlkreise Halle i. W. — Herford für den verstorbenen Abg. Lorenz (ntl.) wird am 8 März stattfinden.

Aus dem Zuge gestürzt.

□ **Stendal, 10. Febr.** (Privattelegramm.) Aus dem Vormittagspersonenzuge Magdeburg—Stendal stürzten in der Nähe der Station Mahlwinkel zwei Kinder einer Auswandererfamilie aus einem Abteil der 4. Klasse. Das eine Kind wurde schwer, das andere leichter verletzt. Der Zug hielt, und die Kinder wurden in das Krankenhaus nach Stendal gebracht.

Hochwasser.

H. **Köln, 10. Febr.** Der Rheinpegel zeigte abends 6 Uhr eine Höhe von 6½ Meter. Das Wasser steigt ununterbrochen. Die Ahr ist zu einem reißenden Strom angewachsen, der mehrere Brücken fortriß. Durch die Unterspülung der Pfeiler der Eisenbahnbrücke bei Marienthal ist der Zugverkehr unterbrochen. Die Rheinfähren mußten den Betrieb einstellen.

H. **Koblenz, 10. Febr.** Der Rheinpegel zeigte hier abends 5,83 Meter. Der untere Rheinanlagenweg und die Rheinwerft sind überflutet. Das Wasser steigt stündlich um 1 Zentimeter.

Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen.

H. **Wien, 10. Febr.** Anläßlich der bevorstehenden Anwesenheit des Grafen Aehrenthal in Berlin werden, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, sich die Verhandlungen hauptsächlich um die preußischen Schiffahrtsabgaben drehen.

Ein Goldfund.

H. **Budapest, 10. Febr.** In der Stadt Veszgrem fand der Bauer Laszlo-Süte bei Graz im Hofe seines Hauses eine Kiste mit 1000 Stück Goldtalern aus der Zeit Maria Theresias.

Zur Lage im Orient.

H. **Wien, 10. Febr.** In einer Unterredung, welche der Korrespondent der „Neuen Freien Presse" mit dem türkischen Minister des Aeußeren, Rifaat Pascha, wegen der umlaufenden Kriegsgerüchte hatte, erklärte der Minister, daß er diesen Kriegsgerüchten keinen Glauben beimesse und auch nicht im geringsten daran zweifle, daß Griechenland den Frieden erhalten wird. Auch der türkische Kriegsminister Mahmud Scheffet Pascha äußerte sich dahingehend, nur fügte letzterer noch hinzu, daß, falls die Kretenser es wagen sollten, Abgeordnete zur Nationalversammlung nach Griechenland zu entsenden, Griechenland den Krieg habe.

*

H. **Rom, 8. Febr.** Auf der Konsulta werden die Blättermeldungen, wonach die Vertreter der Schutzmächte der Türkei den Vorschlag gemacht hätten, Kreta an Griechenland gegen eine Geldentschädigung abzutreten, als vollständig unbegründet bezeichnet, die Kretafrage sei von einer derartigen Lösung weit entfernt.

Vom Parteitag der französischen Sozialdemokratie.

H. **Paris, 10. Febr.** Der Parteitag der französischen Sozialdemokratie wurde gestern in Nimes geschlossen. Der Parteitag hat an Bebel ein Begrüßungstelegramm abgesandt, desgleichen an Jules Guesde, den Führer der französischen Sozialdemokratie, der in Berlin z. Zt. in ärztlicher Behandlung ist, eine Adresse gerichtet.

Beileidskundgebung des belgischen Senats.

H. **Paris, 10. Febr.** Im Senat verlas der Vorsitzende die Beileidskundgebung des belgischen Senats für die von der Wasserkatastrophe in Frankreich Betroffenen und den französischen Staat. Dies rief lebhafte Befriedigung hervor. Der Vorsitzende drückte dem belgischen Senat den tiefsten Dank der Republik aus.

Der Freihafen von Neapel brennt.

H. **Rom, 10. Febr.** Der Freihafen von Neapel steht seit gestern nacht in hellen Flammen. Zahlreiche Gebäude sind ein Opfer des Elements geworden, eine weitere Anzahl von Häusern ist arg bedroht. Ein starker Wind begünstigt die Ausbreitung des Feuers. Die Lage ist außerordentlich kritisch. Man vermutet große Menschenopfer.

Ein braver Mann.

H. **Paris, 10. Febr.** Die Leiche des Retters Deny, der, als er ein Boot mit 32 Personen rettete, von der Strömung fortgerissen wurde, konnte erst heute geborgen werden.

*

Provinzial-Nachrichten.

Elbhafen bei Schandau.

X **Dresden, 10. Febr.** Sächsische Schiffahrtskreise beabsichtigen die Errichtung eines großen Elbehafens zwischen Dresden und der böhmischen Grenze bei Schandau. Regierung und Landtag stehen dem Plane freundlich gegenüber.

Wetterbericht.

Der Oberharzer Skiklub, Ortsgruppe Wildemann im Oberharz, berichtet unter 10. Februar wie folgt: Neuschnee: bis jetzt gering, doch ist Schnee zu erwarten. Um 9 Uhr vorm. fängt es an zu schneien. Schneedecke: 30—40 cm, an den Nordhängen mehr. Skibahn: nicht besonders. Rodelbahn: gut. Schlittenbahn: bis Grund, Lautenthal und in den Harz hinein gut. Temperatur: 0 Grad Celsius. Sämtliche Hotels geöffnet.

* **Hettstedt, 10. Febr.** (Im Schacht verunglückt.) Auf dem Niewandt-Schachte wurde heute früh der Heuer Ringleb aus Molmerswende durch niedergehendes Gestein getötet. Der Heuer Hermann Stephan aus Hettstedt erlitt schwere Verletzungen und mußte ins Knappschaftslazarett gebracht werden.

*

Vermischtes.

Die Ueberschwemmung in Paris.

Aus Paris wird gemeldet: Genietruppen errichten gegenüber der Nationalbrücke und der Tolbiac-Brücke einen Damm von 90 Zentimetern Höhe. Zwei Wohnhäuser in der Rue Billot, die einzustürzen drohten, mußten geräumt werden. Dem Ausschuß, dessen Bildung vom Minister des Innern verfügt worden ist, wird der frühere Minister Picquardt präsidieren. Der Ausschuß wird die Ursachen der Ueberschwemmung zu erforschen und die Mittel zu prüfen haben, um einer Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse vorzubeugen.

Selbstmord eines Potsdamer Bankiers.

Unterschlagene Depots.

Der angesehene Potsdamer Bankier Karl Albrecht, Inhaber des Bankhauses Ulrich Wolff, hat sich in der vergangenen Nacht erschossen. Ueber die näheren Umstände des durch mißliche finanzielle Lage verursachten Selbstmordes verlautet: Auf dem Wilhelmplatz 8 steht seit dem Jahre 1877 das Bankhaus der Firma Ulrich Wolff, die seit dem Juni 1906 der Bankier Karl Albrecht inne hat, der im Hause Burggrafenstraße 30 wohnt. Seit etwa 14 Tagen wurden Gerüchte laut, daß in der Geschäftsführung des Wolffschen Bankhauses etwas nicht stimme. Informierte Kreise begaben sich darauf zur Bank und wollten ihre Depots abheben. Nun stellte sich heraus, daß ein großer Teil der Depots unterschlagen und verkauft worden war. Von Tag zu Tag spitzte sich die Affäre immer mehr zu, und am vergangenen Sonnabend wurde ein Konkursverwalter eingesetzt. Es wurde eine Sichtung der Kassenbestände vorgenommen, sowie eine Nachprüfung der Aktiven und Passiven, bei der bis jetzt eine Unterbilanz von 200 000 Mark festgestellt wurde.

Dreizehn junge Mädchen schwer verbrannt. Die Karnevalsfestlichkeiten in Lissabon wurden durch einen tragischen Zwischenfall getrübt. Ein riesiger Festwagen, der mit Papier und Watte als „Winterszene" dekoriert war, trug dreizehn junge Damen aus den angesehensten Familien. Plötzlich sahen die entsetzten Zuschauer, daß der Wagen lichterloh brannte. Trotz sofortiger Hilfe wurden alle Mädchen schwer verbrannt. Es heißt, daß ein junger Mann, der in eines der Mädchen verliebt war, den Wagen aus Eifersucht angesteckt habe.

Meuterei auf einem Hamburger Dampfer. Wie der „Frankfurter Zeitung" aus Newport gemeldet wird, haben dort die Mannschaften des Hamburger Dampfers „Galisia" folgendes berichtet: Als das Schiff auf seiner letzten Fahrt nahe bei Rio de Janeiro war, versuchte ein neugeheuerter Seemann namens Niemann eine Meuterei anzustiften, um sich des Schiffes, das für 800 000 Dollars Wollwaren bei sich hatte, zu bemächtigen. Der Plan schlug fehl und Niemann wurde in Eisen gelegt.

Hochwassergefahr. Aus dem Gebiet der Ems und deren Nebenflüssen kommen erneute Nachrichten über Hochwasser.

*

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 212,50. Diskonto 196,12. Deutsche Bank 257,75. Berliner Handelsgesellschaft 183,37. Dresdner Bank 165,75. Russische Anleihe von 1902 91,10. Türkenlose 179. Lombarden 23,10. Kanada 181. Baltimore 114,30. Laurahütte 189. Bochumer Guss 245,75. Gelsenkirchen 217. Harpener 207. Deutsch-Luxemburg 216,70. Phönix 221. A. E.-G. 260. Siemens & Halske 236,87. Hamburger Paketfahrt 136. Nordd. Lloyd 102,37. Grosse Berliner Strassenbahn 186,90. Tendenz: Schwächer.

Am Kassamarkt notierten höher: Akt.-Ges. für Verkehrswesen 4,25. Aluminium-Ind.-Ges. 2,50. Flöther Masch. 6. Luther Masch. 2. Julius Pintsch 2,90. Vogtländ. Masch. 3,25. Elberfelder Farben 3. Delmenhorst Linoleum 3. Deutsche Gasglühlicht 5,25. Gebhardt & Koenig 3,25. Vereinigte Petroleumwerke 4,50. Ammendorfer Papier 4. Varziner Papierfabrik 2. Gebhard & Co. 4,50. Pongs Spinnerei 3. Friedrichssegen 3. Harzer Werke 2. Harburg-Wien Gummi 5,50; niedriger: Adler Zement 2. Kappel Masch. 2. Kyffhäuserhütte 4. Sangerhauser Masch. 3. Weller ter Meer 2. Deutsche Spiegelglas 2,50. Ver. Hanfschlauch 2. Kaliwerke Aschersleben 2,30. Langendreer 2,75.

*

Zum Kurszettel. Berlin, 10. Febr. 4% Badische Staats-Anleihe 08/00 unk. 18 102,00B. 4% Bayrische Staats-Anl. 101,80G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 102,20B. 4% Schwarzburg-Sondershausen —,—. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 —,—. 3% Kameruner Eisenbahn-Anleihe 93,30G. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 95,00G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 —,—. 4% Darmstädter Stadt-Anl. 1909 unk 1916 —,—. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 —,—. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 100,75G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 —,—. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —,—. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 —,—. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1918 —,—. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 1919 —,—. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 101,60G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. —,—. 4½% Deutsche Solvay-Werke 103,10G. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 104,00bG. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06/08 101,60eG.

Londoner Börse vom 10. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 82 1/16, Rio Tinto 77,25, Geduld 2,78 Goldfields 6,01. Steel com. 80,81, Steel preis. 123,00, Rand Mines 9,40, Anaconda 9,96.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 10. Februar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	—	—	Hugo	3050	3250
Alexandershall	10,800	11,300	Immenrode	5950	6100
Beienrode	6600	6500	Johannshall	4800	4750
Burbach	14,700	15,200	Justus I	120	121
Carlsfund	7500	7700	Kaiseroda	9500	10,000
Cecilienhall	—	—	Krügershall-Akt.	127	128½
Desdemona	8000	8500	Ludwigshall	111½	113½
Desch. Kali-Akt.	147	148	Neustassfurt	13,700	14,300
Deutschland	5000	5200	Reichskrone	—	—
Friedrichshall	107	108	(Lossa)	1250	1350
Glückauf Sondershausen	18,200	18,800	Roland	—	—
Günthershall	5100	5300	Ronneberg (Akt.)	132	135
Hann. Kali-Akt	—	—	Rothenberg	2975	3075
Hansa	4300	4500	Sachsen-Weimar	5900	6000
Hattorf Vorz.-A.	—	—	Schlieterkraute	—	—
Heldburg	87½	88½	Siegfried I	5950	6100
Heidrungen I	2800	2900	Sigmundshall	180	194
Heidrungen II	2800	2900	Teutonia-Akt.	127	129
Hermann II	—	—	Wilhelmshall	13,200	13,500
Hohenfels	8600	8700	Wintershall	15,500	16,000
Hohenzollern	5400	5600			

Jahresabschluss der Grossen Berliner Strassenbahn. In der gestrigen Aufsichtsratssitzung gelangte der Abschluss für 1909 zur Vorlage. Es wurde beschlossen, der auf den 7. März in Aussicht genommenen Generalversammlung bei gegen das Vorjahr um 635 000 Mk. erhöhten Abschreibungen und Rückstellungen (5 302 594 Mk. gegen 4 667 514 Mk.) eine Dividende von 8¼ Proz. (wie i. V.) in Vorschlag zu bringen.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 10. Febr. Am Frühmarkt notierten Weizen inländ. 225,00 227,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländischer 161,00—163,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburger, pomm., preuss., posenscher u. schlesischer fein 174 bis 182, mittel 158—173, gering 162—167, russischer und Donau mittel 157 163, gering — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mixed 156 159, türkischer mixed — —, runder 155,00 160,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 142,00 bis 149,00, gute 150 160, russische und Donau leichte 131,00—135,00, schwere 136—143 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware mittel 162—169, Taubenerbsen 170—182 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 27,50—30,50. Roggenmehl 0 u. 1 20,00—21,90. Weizenkleie 11,50—12,50. Roggenkleie 11,50 bis 12,10 Mark.

Magdeburg, 8. Febr. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen, englischer und Sommer-, ruhig, gut 215—220 Kolben Sommer- gut 224—234, Rauh- gut 208 218. Roggen, inländ. matt, gut 156—161. Gerste, flau hies. Chevaliergerste gut 162 170, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut 155—163, ausländische Futtergerste stetig, gut 130 bis 134. Hafer stetig, inländ. gut 165—172. Mais fest, runder gut 156 160 M.

Hamburg, 10. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen still, Ostholst. Mecklbg. 185—228. Roggen still, Mecklburg. und Pomm. 160—166, Gerste ruhig, südruss. 116—118. Hafer fest. Mecklenburger 166 bis 178,00. Mais ruhig, La Plata 121—122.

Liverpool, 10. Febr. Roter Winterweizen per März 8,11, per Mai 7,10½. Still. Mais, bunter, amerikanischer per Okt. —.

Pest, 10. Febr. Weizen fest per April 13,93 G., 13,99 B., per Mai 13,69 G., 13,70 B., per Okt. 11,72 G., 11,73 B. Roggen per April 9,47 G., 9,48 B., per Okt. 8,71 G., 8,72 B. Hafer per April 7,46 G., 7,47 B. Mais per Mai 6,6. G., 6,63 B.

Antwerpen, 10. Febr. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per Febr. 5,95, April 5,87½, Juni 5,80, Aug. 5,72, Okt. 5,67 Fr. Umsatz 55,000 kg. Still.

Zucker.

Hamburg, 10. Febr. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Februar	12,95	13,00	13,00 Mk.
„ März	12,97½	13,02½	13,02½ „ „
„ Mai	13,10	13,12½	13,12½ „ „
„ August	13,30	13,32½	13,32½ „ „
„ Oktober	11,37½	11,37½	11,37½ „ „
„ Dezember	11,22½	11,22½	11,22½ „ „
	behauptet	behauptet	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 10. Febr. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	36¼ G.	36⅛ G.	36⅛ G.
„ Mai	36⅜ G.	36⅜ G.	36⅜ G.
„ September	36½ G.	36⅜ G.	36⅜ G.
„ Dezember	36½ G.	36½ G.	36½ G.
	ruhig	behauptet	ruhig

Rio de Janeiro, 9. Febr Kaffee-Zufuhren 5,000 Sack in Rio 10,000 Sack in Santos.

Eier.

Berlin, 10. Febr. Eier pro Schock, vollfrische ausländische —,— bis —,—, in- und ausländische bessere Sorten 3,45—4,10, in- und ausländische geringere Sorten 3,30—3,40, zweite Sorten —,—. Kühlhauseier 2,30—2,60, Kalkeier 2,25—2,50, kleine Eier 2,65—2,80 Mark. Ruhig.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 10. Febr. Kartoffelmehl u. -Stärke 20,50—21,00. Feuchte Stärke 10,50.

Magdeburg, 10. Febr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 21,00—21,50.

Spiritus.

Nordhausen, 10. Febr. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 85,50—86,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 95,50—96,50 M. per loko und Januar 1910. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—105 l) 85,75—86,75 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 95,75—96,75 M. per Januar-September 1910 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Köln, 10. Febr. Rüböl loko 61,00, per Mai 60,00.

Hamburg, 10. Febr. Stadtschmalz 71,00, amerik. Steam 61,50, Chamberlain 63,50.

Chemische Produkte.

Hamburg, 10. Febr. Chilisalpeter per loko 8,87½, Febr.-März 8,95 frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 10. Febr. Baumwolle still. Upl. loko middl. 77,50 Pfg.

Liverpool, 10. Febr. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ballen, davon Import 10,000 Ballen, davon Amerikaner 7,000 Ballen.

Liverpool, 10. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 14,26.

Alexandria, 10. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 28,27, Mai 28,18, Nov. 22,14.

Metalle.

London, 10. Febr. Chili-Kupfer stetig 59¾, 3 Mon. 60½. Zinn Straits fest 148¾. 3 Monat 150½. Blei span., ruhig 13½, englisch 13½. Zink gewöhnliche Marke, träge 23½, spez. Marke 24.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	10.2.	9.2.	Chicago.	10.2.	9.2.
Weizen p. Mai	119¼	118	Weizen p. Mai	111⅛	110¼
„ „ Juli	110	108⅞	„ „ Juli	102¼	101⅞
Mais p. Mai	75¾	75	Mais p. Mai	66¾	65⅞
„ „ Juli	75¾	75	„ „ Juli	66⅞	65⅞
Mehl Spring clears	4,60	4,60	Hafer p. Mai	46⅞	46¼
Kaffee Fair Rio Nr. 7	8,11	8,12	„ „ Juli	43¾	43⅞
„ p. Febr.	6,90	6,90	Roggen p. Mai	80	79½
„ p. März	6,90	6,95	Schmalz p. Mai	12,30	12,25
Petroleum in Cases	10,80	10,30	„ „ Juli	12,25	12,20
do. in New York	7,85	7,85			
do. in Philadelphia	7,85	7,85			

Tendenz: Weizen stramm. Mais stramm.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.						Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	9. Febr.	+0,92	10. Febr.	+1,50		—	58
Nebra, Oberpegel	„	+2,44	„	+2,36		8	—
„ Unterpegel	„	+2,12	„	+2,28		—	16
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,54	„	+2,68		—	14
„ Unterpegel	„	+0,70	„	+1,24		—	54
Trotha	9.	+2,30	10.	+3,04		—	74
Alsleben, Oberpegel	9.	+2,50	10.	+2,54		—	4
„ Unterpegel	„	+1,88	„	+1,98		—	10
Bernburg	„	+1,56	„	+2,00		—	44
Kalbe, Oberpegel	„	+1,73	„	+1,86		—	13
„ Unterpegel	„	+1,38	„	+1,76		—	38

Iser. Eger. Elbe. Moldau.	Febr.	Fall	Wuchs		Febr.	Fall	Wuchs
Jungbunzl.	9. +0,40	—	32	Wittenberg	10. +2,13	—	7
Laun	„ +0,69	—	48	Rossiau	„ +1,47	—	3
Budweis	„ +0,52	—	44	Barby	„ +1,91	—	6
Prag	„ —	—	—	Schönebeck	„ +1,74	—	8
Pardubitz	„ +0,15	—	44	Magdeburg	„ +1,59	—	2
Brandeis	„ +0,55	—	21	Tangermünde	„ +2,41	—	3
Melnik	„ +0,22	—	20	Wittenberge	„ +2,32	—	—
Leitmeritz	10. +0,88	—	65	Dömitz	„ +1,85	—	1
Aussig	„ +0,98	—	59	Boizenburg	„ +1,80	—	4
Dresden	„ 0,89	—	9	Bohnstorf	10. +1,99	—	1
Torgau	„ +1,18	—	10	Lauenburg	„ +2,00	—	—

Aussig, 10. Febr. Pegelstand plus 98 cm. Vom Oberlauf werden 467 cm Wuchs gemeldet.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel Eugen Brinkmann, für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Polckow; für das Feuilleton und Vermischtes Paul Schaumburg; für den Inseratenteil Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Hendel Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100211018/fragment/page=0005

Die Rubrik in Cursvschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: d quartalsfrei 1.4.7.10. 1.2.5.8. 1.3.6.9. 1.4.7.10. 1.5.8.11. 1.6.9.12. 1.3.4.9.12. 1.5.8.11. 1.6.9.12. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 10. Febr. 1910

Börsenkonzessionen: I Fr. Ufer, Lue. Passio: 90 Pf. — Cent. 1 M. Gold: 2 M. Währ.: 1,70, 1 Fr.: 0,85. — 1 Z. ohne: 1,2. — 1 Fr. Ufer: 1,50. — 1 Fr. Lu.: 1,10. — 1 Fr. Pa.: 1,10. — 1 Fr. Gold: 1,25. 1 Gold-Rbl.: 3,20. 1 Pass: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstr.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4 %, Lombardzinsfuß 5 %. Privatdiskont 2⅝ %. Nachbr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.																							
Dt. Reichs-Anl.	d	4	100.30b	Thorn 01 u 11	d	4	——	Stames. Anl.	v	4½	98.75b	Dux-Bod. Gold	a	4	98.00b	Pr. Ctr. Bd. 03	a	4	100.10b	N. Bodenk. Ag.	v	4	89.90b	Pfeifferburg	O	11	229.50b	Cöln-Mssen	f	0	117.75b	Kön. Marienh.	f	6	104.50b	Schöll. Eis Kg	f	0	109.00b
do. 1. 4. 10	d	4	100.30b	Wemar	d	4	——	Span. Schätze	v	4	77.70b	do. unkronen	a	4	77.70b	do. v. 06 u. 16	a	4	100.50b	H. Photog. G. 21	d	4½	94.10b	Phönix Bergb.	O	11	706.50b	Concordia B.	f	0	308.50b	do. V.-A.	f	6	104.50b	Schnellen St.	f	0	176.50b
do. 1. 7. 12	d	4	100.30b	Wesch 79/83	v	3½	95.90b	Türk. Adm. Anl.	v	4	68.90b	Bus.-Prag. G.	a	3	79.90b	do. v. 97 u. 17	a	4	100.50b	Hertzus A. G.	d	4½	100.50b	Kgsh. Lagerhof	f	0	214.25b	Kondor Elbe	f	0	109.00b	Schwarz. Frz.	f	0	144.00b
Pr. Schatz 12	d	4	101.10b	Werme. 01	d	3½	93.80b	do. ung. Gold	v	4	72.25b	Bus.-Gr. Eis.	a	4	100.10b	do. v. 09 u. 15	a	4	100.10b	Nordd. Eisw.	d	4	85.50b	Schuttheiss	f	14	251.00b	Kronprinz	f	0	145.25b	Schönow. Prz.	f	0	189.75b
do. 13	d	4	101.10b	Jarow 05	d	3½	93.80b	do. ohne Gold	v	4	84.20b	do. v. 06. Stfb.	a	4	95.10b	do. v. 36. 89	v	3½	91.50b	Nordd. Lloyd	d	4	96.60b	Spandauer S.	f	4	133.50b	Continh. Vi	f	4	90.60b	Kronprinz	f	0	213.50b	Schwetz. Prz.	f	0	116.50b
Pr. Schatz 12	d	4	101.10b					Dtsch. Ost.	v	4	97.20b	do. v. 94. 96	a	4	95.00b	do. v. 94. 96	a	4	91.20b	do.	d	4	96.60b	Vereinsb. Kg.	f	10	210.75b	Cs. St.-Pr.	f	14	232.25b	Kronprinz	f	0	174.50b	Schwetz. Prz.	f	0	87.00b
do. 13	d	4	101.10b					Dtsch. Ost.	v	4	97.20b	do. v. 09 u. 15	a	4	100.10b	do. v. 09 u. 15	a	4	100.10b	Obschl. Eis.	d	4½	103.00b	Victoria	f	3	88.10b	Cotta. Masch.	O	3	93.00b	Kordud. Zck.	f	10	173.25b	Sorbitt. Rudd.	f	0	107.00b
3% Tehn.-Anl.	d	3½	95.25b					Deutsche Pfandbriefe																											
do. do.	d	4	102.40b	Berlin. Pfdb.	a	5	120.50b	do. do.	a	4	98.60b	Rasb. Oesb. G.	d	3	76.80b	do. v. 06. 16	a	4	100.50b	do. v. 97. 17	a	4	100.50b	Ver. Chem. Fr.	f	12	227.00b	Gor. Körting	f	6	139.40b	Schwa. B. Stb.	f	0	134.50b
do. do.	d	3	85.40b	do. do.	a	4½	98.40b	do. do.	a	4	95.30b	Südost. (Lb.)	d	2,6	59.25b	do. v. 06 u. 16	a	4	100.50b	do. v. 97. 17	a	4	100.50b	Deimah. Gas	f	12	176.60b	Kosth. Cell.	f	14	202.50b	Schuckert El.	f	0	135.25b
do. Schutzbrz.	d	4	101.50b	do. do.	a	3½	85.10b	do. neue	a	3½	85.10b	Obligat.	a	5	105.20b	do. v. 06 u. 16	a	4	100.50b	do. v. 06 u. 16	a	4	100.50b	Dt. Atl. Telag.	f	12	123.60b	Kronpr. Met.	f	7	159.50b	Fr. Schultz jr.	f	23	301.50b
Pras. ss. Anl.	d	3½	94.25b	do. do.	a	3½	92.60b	do. Kronenrt.	f	4	98.60b	Ges. Serie C	a	4	85.40b	do. v. 08. 87. 96	a	3½	92.20b	do. v. 08 u. 18	a	4	100.50b	Dtsch. Eis. Ges.	f	0	216.75b	Ks. Kreg. A. C.	f	6	151.25b	Schultz-Knoll.	f	0	139.60b
do. do.	d	3½	85.40b	do. do.	a	3½	84.00b	do. kleine	f	4	92.70b	Ung. Lokal.	a	4	98.80b	do. v. 06 u. 16	a	4	100.50b	Pr. Hyp. A.	d	3½	93.80b	Ks. Bad. Tel.	f	14	214.75b	Krauss Lok.	f	0	293.50b	Schwanecke	f	0	127.50b
do. do.	d	3½	85.40b	do. do.	a	3½	84.00b	do. Staatsanl.	a	4	82.80b	do. Gold.	a	4	94.00b	sb80r125	a	4½	120.50b	RhWest 105 rt	d	4	92.00b	Ver. Dtsch.	f	14	238.25b	Kunz Treibr.	f	0	110.50b	Schweinfurt	f	0	156.25b
do. Staff. A.	d	4	101.60b	Landsch. Ctr.	a	3½	91.30b	Svang. Gold	a	4	98.60b	Ver. Ch. Anl.	a	4	98.40b	do. v. 13 u. 14	a	4	98.10b	do. v. 13 u. 14	a	4	98.10b	do. Ueb. G. G.	f	9½	184.10b	Kupperb. & S.	f	12	216.75b	Seck Maih. Dr.	f	12	211.00b
Bad. Stb. A. 01	a	4	——	do. do.	a	3½	83.50b	do. von 1889	a	4	98.60b	do. v. 14 u. 15	a	4	98.40b	do. v. 14 u. 15	a	4	98.40b	do. v. 14 u. 15	a	4	98.40b	do. Asph. Ges.	f	0	127.10b	Kupfer Dusch.	f	4	135.00b	Seeback Sch.	f	7	104.50b
do. do. 02	d	3½	94.25b	do. do.	a	3½	98.00b	Mosk. Jur. A.	d	4	88.10b	do. v. 17 u. 18	a	4	98.10b	do. v. 17 u. 18	a	4	98.10b	do. v. 17 u. 18	a	4	98.10b	do. Gasglühl.	f	50	607.25b	Kyffhäuserh.	f	0	140.75b	Segall A. G.	f	7	70.75b
Bayer. Anl.	d	3½	102.60b	Kur-u. Neum.	a	3½	98.00b	do. Smol.	a	4	98.10b	do. v. 19 u. 20	a	4	98.10b	do. v. 19 u. 20	a	4	98.10b	do. v. 19 u. 20	a	4	98.10b	do. uta i. Ms.	f	0	287.25b	Lahmeyer E.	f	6	107.00b	Fr. Seiff. A. C.	f	8	131.50b
do. do.	d	3½	93.50b	do. alte	a	3½	97.10b	Neolai Babn	d	4	91.80b	do. Komm. Ob.	a	4	98.10b	do. Komm. Ob.	a	4	98.10b	do. Komm. Ob.	a	4	98.10b	do. Kabelwk.	f	6	109.50b	Lapp. Tiefb.	f	0	124.50b	Senker. V.-A.	f	6	104.50b
do. Ldsk. B.	d	3½	——	do. Komm. Ob.	a	3½	92.10b	Oest. Gold	a	4	97.50b	do. v. 09 u. 15	a	4	100.30b	do. v. 09 u. 15	a	4	100.30b	do. v. 09 u. 15	a	4	100.30b	Schalk-Gold	f	0	215.50b	Lauchhamer	f	0	216.50b	Siegen Sol. G.	f	0	108.25b
Brnsch. L. Soh.	d	3½	——	do. do.	a	3½	101.60b	do. Smol.	a	4	98.10b	do. v. 10 u. 11	a	4	100.50b	do. v. 10 u. 11	a	4	100.50b	do. v. 10 u. 11	a	4	100.50b	Schöll Kleinb.	f	0	191.75b	Laurahütte	f	4	191.70b	Siemens El.	f	16	259.00b
Bran. Anl. Bd.	d	3½	——	Ostpreuss.	a	3½	82.30b	do. Kaiserl.	a	4	98.10b	do. v. 11 u. 12	a	4	100.50b	do. v. 11 u. 12	a	4	100.50b	do. v. 11 u. 12	a	4	100.50b	Schuck. A. C.	f	4	90.60b	Leop. Brnk.	f	9	140.10b	Siem. & Halsk.	f	12	237.25b
do. do.	d	3	81.60b					Pommersch.	a	3½	92.00b	do. v. 09 u. 15	a	4	100.30b	do. v. 09 u. 15	a	4	100.30b	do. v. 09 u. 15	a	4	100.30b	Schultb. Br.	f	5	101.80b	Leopr. Grube	f	7	117.60b	Siemens Glas.	f	14	307.50b
do. do.	d	3½	91.75b	do. do.	a	3½	93.20b	do. do.	a	4	98.10b	do. v. 10 u. 11	a	4	100.50b	do. v. 10 u. 11	a	4	100.50b	do. v. 10 u. 11	a	4	100.50b	Seebeck. 2	f	15	101.80b	Leopoldsh.	f	0	81.25b	Siemens-Halske	f	12	134.75b
Cassel. Ldkr.	d	3½	94.30b	do. do.	a	3½	83.20b	Posensche	a	4	102.20b	do. v. 09 u. 15	a	4	100.30b	do. v. 09 u. 15	a	4	100.30b	do. v. 09 u. 15	a	4	100.30b	Fr. Seiff. A. C.	f	4½	109.30b	Lg. Pfb. Akt.	f	0	191.25b	Silesia Zement	f	0	88.25b
do. XII. v. 17	d	3½	95.60b	do. do.	a	3½	93.00b	do. Lit. A	a	3½	100.75b	do. v. 10 u. 11	a	4	100.50b	do. v. 10 u. 11	a	4	100.50b	do. v. 10 u. 11	a	4	100.50b	Siem. Glas.	f	4	100.10b	Leykam-Josfst.	f	6	118.50b	Silesia Rennet	f	0	153.50b
do. XIII. v. 14	d	3½	101.40b	do. do.	a	3½	93.00b	do. Lit. C	a	3½	92.70b	do. v. 11 u. 12	a	4	100.50b	do. v. 11 u. 12	a	4	100.50b	do. v. 11 u. 12	a	4	100.50b	Siem. Halsk.	f	4	100.10b	Lingel Sch.	f	17	249.75b	Stadlberg. A.	f	0	96.25b
Hambg. St. P.	b	3½	94.50b	Schlesische	d	3½	93.75b	do. Lit. D	a	3½	——	do. v. 12 u. 13	a	4	100.50b	do. v. 12 u. 13	a	4	100.50b	do. v. 12 u. 13	a	4	100.50b	SiemSchck. 3	f	4	103.75b	Lohner M.	f	7	105.75b	Stahl & Hilb.	f	0	189.00b
do. 1907	d	4	100.75b	do.	a	3½	92.70b	do. Lit. E	a	3½	——	do. v. 13 u. 14	a	4	100.50b	do. v. 13 u. 14	a	4	100.50b	do. v. 13 u. 14	a	4	100.50b	SiemGalsk. A.	f	4	91.00b	Lorenz A. G.	f	7	118.50b	Stakenf. Fr.	f	0	134.50b
do. v. 1900	a	4	——	do.	a	3½	91.90b	Schlesische	a	3½	91.90b	do. v. 14 u. 15	a	4	100.50b	do. v. 14 u. 15	a	4	100.50b	do. v. 14 u. 15	a	4	100.50b	Stettr. Dörw.	f	4	91.75b	Lothring. Cem.	f	0	115.20b	Stark & Hffm.	f	0	73.25b
do. v. 04	a	4	——	do.	a	3½	84.00b	do. neue	a	3½	84.00b	do. v. 15 u. 16	a	4	100.50b	do. v. 15 u. 16	a	4	100.50b	do. v. 15 u. 16	a	4	100.50b	Stettr. Oder.	f	4	——	Lux. Ges. A.	f	0	39.30b	Stassf. Ch. F.	f	7	139.50b
do. 06. 08	d	3½	93.60b	Landsch. Ctr.	a	3½	91.90b	do.	a	3½	93.60b	do. v. 16 u. 17	a	4	100.50b	do. v. 16 u. 17	a	4	100.50b	do. v. 16 u. 17	a	4	100.50b	do. Strassenb.	f	4	100.75b	Lux. Gas.	f	0	115.75b	Stauss Feuer	f	0	136.50b
do. 06. 03	d	3½	92.00b	do.	a	3½	93.60b	do. neue	a	3½	93.60b	do. v. 17 u. 18	a	4	100.50b	do. v. 17 u. 18	a	4	100.50b	do. v. 17 u. 18	a	4	100.50b	Stowa. Khm.	f	4	102.60b	Lowenbr. Dtm.	f	0	185.00b	Stett. Bred. G.	f	6	119.50b
Lüb. St. A. 06	a	3½	101.60b	Schles. allg.	a	3½	94.70b	do. Lit. A	a	3½	100.70b	do. v. 18 u. 19	a	4	100.50b	do. v. 18 u. 19	a	4	100.50b	do. v. 18 u. 19	a	4	100.50b	Tangermd. 3	f	4½	99.75b	Marzip. Br.	f	0	158.00b	do. Chem. Bid.	f	17	283.00b
do. do. 99	a	3½	92.90b	do. Idsch. L. A.	a	3½	94.25b	do. do.	a	3½	100.70b	do. v. 19 u. 20	a	4	100.50b	do. v. 19 u. 20	a	4	100.50b	do. v. 19 u. 20	a	4	100.50b	Telephn Berl.	f	4½	100.75b	Nos. Langndr.	f	0	120.00b	do. Elektr. Wk.	f	17	138.50b
do. do. 95	d	3½	——	do. do.	a	3½	94.25b	do. do.	a	3½	100.70b	do. v. 20 u. 21	a	4	100.50b	do. v. 20 u. 21	a	4	100.50b	do. v. 20 u. 21	a	4	100.50b	Thalia Kin.	f	4	100.00b	Oppenheim.	f	0	——	do. Gas. Werke	f	12	223.10b
Mckl. Fdl. Schb.	d	3½	93.00b	do. do.	a	3½	94.25b	do. L. D.	a	3½	100.70b	do. v. 21 u. 22	a	4	100.50b	do. v. 21 u. 22	a	4	100.50b	do. v. 21 u. 22	a	4	100.50b	Thüringer Gas	f	4	93.10b	Paulshütte	f	0	110.00b	do. Kamg.	f	0	129.50b	Stettr. Kamm.	f	6	104.75b
do. do. v. 05	d	3½	101.50b	do. do.	a	3½	94.25b	do. Lit. E	a	3½	100.70b	do. v. 22 u. 23	a	4	100.50b	do. v. 22 u. 23	a	4	100.50b	do. v. 22 u. 23	a	4	100.50b	Tivoli Berl.	f	4	100.75b	Ver. Dtsch.	f	0	178.25b	Stettin. Chm. A.	f	0	119.00b
Sachs. G. Stl. A.	d	3	——	do. do.	a	3½	84.40b	do. do.	a	3½	94.25b	do. v. 23 u. 24	a	4	100.50b	do. v. 23 u. 24	a	4	100.50b	do. v. 23 u. 24	a	4	100.50b	Vereinsb. Ag.	f	4	93.25b	Vorwärts Ges.	f	0	144.50b	Stettin. Vulk.	f	0	108.00b
Sachs. W. Ldr.	a	3	100.90b	do. do.	a	3½	94.25b	do. do.	a	3½	84.40b	do. v. 24 u. 25	a	4	100.50b	do. v. 24 u. 25	a	4	100.50b	do. v. 24 u. 25	a	4	100.50b	Westd. Eisb.	f	4	100.60b	Schlegel	f	0	148.50b	Stettiner Gas	f	0	108.50b
Sächs. Stort.	a	3½	84.50b	do. do.	a	3½	94.25b	do. do.	a	3½	100.70b	do. v. 25 u. 26	a	4	100.50b	do. v. 25 u. 26	a	4	100.50b	do. v. 25 u. 26	a	4	100.50b	Westd. Eisenw.	f	4½	101.25b	Schofferhof	f	7	89.75b	Stettiner Vulk.	f	0	137.25b
Brandb. Prov.	d	3½	——	do. do.	a	3½	94.40b	do. Lit. D	a	3½	100.70b	do. v. 26 u. 27	a	4	100.50b	do. v. 26 u. 27	a	4	100.50b	do. v. 26 u. 27	a	4	100.50b	Westdtsch. B.	f	4	——	Schwarzkopf	f	0	154.75b	Stettiner Zgw.	f	0	108.50b
Hann. Pr. Ob.	d	3½	——	do. Lit. E	a	3½	92.40b	do. Bod.-Kr.	a	3½	100.90b	do. v. 27 u. 28	a	4	100.50b	do. v. 27 u. 28	a	4	100.50b	do. v. 27 u. 28	a	4	100.50b	Westf. Drahtb.	f	4	100.50b	Sinner	f	16	245.25b	do. Mühlen	f	0	179.00b	Stolberg. Zink	f	0	93.50b
do. VII. VIII	d	3½	——	Westf. Land	a	3½	91.25b	Kopenh. K. Yr.	a	4	100.90b	do. v. 28 u. 29	a	4	100.50b	do. v. 28 u. 29	a	4	100.50b	do. v. 28 u. 29	a	4	100.50b	Westf. Vorrth.	f	4	100.50b	Teutonerche	f	4	152.50b	Mannesmann	f	7½	233.50b	Tafelglas	f	7	126.60b
Ostpr. Pr. Obl.	a	3½	90.90b	do.	a	3½	91.90b	Mexik. Bew.	a	4½	99.00b	do. v. 29 u. 30	a	4	100.50b	do. v. 29 u. 30	a	4	100.50b	do. v. 29 u. 30	a	4	100.50b	Wilhelmsh.	f	4	101.90b	Teutoburger	f	0	159.00b	Mannesm. Rg.	f	4	65.75b	Tackelsberg	f	0	118.00b
do. do.	a	3½	91.10b	Westpr. rit. I	a	3½	92.50b	Oest. Kr. L. 58	a	4	100.90b	Zeitz. Mach. 3	d	4½	101.90b	Zeitz. Mach. 3	d	4½	101.90b	Zeitz. Mach. 3	d	4½	101.90b	Wintershall	f	4	100.30b	Tarnowitzer	f	0	123.00b	Mannesm. Rg.	f	4	65.75b	Tack. Berlinerm.	f	0	118.00b
Magdb. Wlthb.	d	3½	83.90b	do.	a	3½	91.90b	Fest. K. B. III.	b	4	94.00b	Zeitz. Wlzbd.	d	4½	101.90b	Zeitz. Wlzbd.	d	4½	101.90b	Zeitz. Wlzbd.	d	4½	101.90b	Wiesch. Kron.	O	0	44.50b	Zellst. Königsb.	f	0	108.00b	M. Fb. Baum	f	8	133.00b	Teltow. Bod.	f	0	71.50b
Pomm. Pr. Anl.	d	3½	92.25b	do.	a	3½	93.70b	do. Vartr. Sch.	d	4	92.70b	Wiesb. Kron.	O	0	44.50b	Wiesb. Kron.	O	0	44.50b	Wiesb. Kron.	O	0	44.50b	Zellst. Waldh.	f	4	100.50b	Ges. Ver. Chem.	f	0	92.75b	Teltow. Kan.	f	0	71.50b
do. VI. VII	d	3½	90.90b	do.	a	3½	89.80b	Pole. Pfandb.	a	4½	95.50b	Schwarzb. II-V	a	4	100.00b	Schwarzb. II-V	a	4	100.00b	Schwarzb. II-V	a	4	100.00b	Asch. Spinn.	f	4	122.00b	Ver. Berl. Kunst	f	0	122.25b	Tr. Gressenh.	f	0	108.10b
Posen. Pr. Anl.	a	3½	——	do.	a	3½	82.30b	Port. Tab. Mon.	a	5	101.00b	do. VII	d	4	100.00b	do. VII	d	4	100.00b	do. VII	d	4	100.00b	Bochumer G.	f	4	128.50b	Ver. Dtsch. Nd.	f	0	121.50b	Tr. Berl. Kab.	f	0	108.00b
do. do.	a	3	——	Stadtanl.	a	4	97.40b	Schwedl. P. 6	a	4	100.30b	Ostb. Anl.	d	3½	91.00b	Ostb. Anl.	d	3½	91.00b	Ostb. Anl.	d	3½	91.00b	Bismarckh.	f	4	100.00b	Vorwärts	f	0	108.00b	Tr. Müllerstr.	f	0	116.00b
Rhpr. XX. XXI	d	4	101.30b	do. XIV. XV	a	4	101.40b	Schwedl. P. 75	a	4	100.30b	Ctr. Pacif. 4½	b	4	——	Ctr. Pacif. 4½	b	4	——	Ctr. Pacif. 4½	b	4	——	Bochumer St.	f	4	121.50b	Ver. Fr. Oelfbr.	f	0	108.00b	Tr. Schönh.	f	0	108.10b
do. XXII. XXIII	d	3½	90.90b	do. I-XII	a	3½	92.80b	do. St. Pr. B. 3	a	4	100.00b	Chic. Rock Isl.	d	4	98.60b	Chic. Rock Isl.	d	4	98.60b	Chic. Rock Isl.	d	4	98.60b	Bochumer Gs.	f	4	128.50b	Ver. Ultramar.	f	0	108.00b	Tr. Stettin. Kb.	f	0	108.00b
do. XXX	a	3½	95.75b	do. Kob. V. VI	a	4	101.10b	do. 1902. 04	a	4	95.90b	Denver Rio Gr.	d	4	98.60b	Denver Rio Gr.	d	4	98.60b	Denver Rio Gr.	d	4	98.60b	Ascher Spinn.	f	4	100.00b	Ver. Ultramar.	f	0	108.00b	Tr. Berl. Kab.	f	0	108.00b
XXIV. XXVII	a	3½	92.50b	Sorb. Gr. Pfb.	a	4	102.80b	do. 1906. 08	a	4	95.90b	Erie	d	4	98.60b	Erie	d	4	98.60b	Erie	d	4	98.60b	Bochumer Ges.	f	4	128.50b	Ver. Ultramar.	f	0	108.00b	Tr. Gressenh.	f	0	108.00b
do. XVIII	a	3½	89.10b	Oldb. st. Kred.	a	4	101.50b	Stettin. 86/87	a	4	94.50b	North. Pac. Pr.	a	4	——	North. Pac. Pr.	a	4	——	North. Pac. Pr.	a	4	——	Bochumer Kn.	f	4	128.50b	Ver. Ultramar.	f	0	108.00b	Tr. Berl. Kab.	f	0	108.00b
do. IX. XX. XXI	a	3½	89.10b	Sachs. Kr.	a	3½	93.30b	do. 94	d	3½	97.60b	Oest. Gen. Pg.	a	3	73.25b	Oest. Gen. Pg.	a	3	73.25b	Oest. Gen. Pg.	a	3	73.25b	Adler Fahrr.	f	4	100.00b	Ver. Ultramar.	f	0	108.00b	Tr. Müllerstr.	f	0	108.00b
Westf. Prov.	d	3½	100.75b	Schles. Kr.	a	3½	92.20b	Ung. Bodkr. Pf.	a	4	97.60b	Oest. Pa.	a	3	73.25b	Oest. Pa.	a	3	73.25b	Oest. Pa.	a	3	73.25b	Adler Kpf.	f	4	100.00b	Ver. Ultramar.	f	0	108.00b	Tr. Schönh.	f	0	108.00b
do. 15. 16	d	3½	101.60b	Oldb. st. Kred.	a	4	101.50b	Stettin. 86/87	a	4	94.50b	Pennsylvania	d	5	98.60b	Pennsylvania	d	5	98.60b	Pennsylvania	d	5	98.60b	Allg. Ges. f. Verl.	f	4	100.00b	Ver. Ultramar.	f	0	108.00b	Tr. Müllerstr.	f	0	108.00b
do. 17. 18	d	3½	97.40b	Sachs. Ldr.	a	3½	93.00b	do. 94	d	3½	93.30b	South Pac. 55	a	4	——	South Pac. 55	a	4	——	South Pac. 55	a	4	——	Allg. Ges. f. Verl.	f	4	100.00b	Ver. Ultramar.	f	0	108.00b	Tr. Schönh.	f	0	108.00b
do. II. III	d	3½	92.40b	do. Ldschaftl. A.	a	3½	94.50b	do. Bd. Reg. Pf.	a	4	97.60b	St. Louis 15	a	4	——	St. Louis 15	a	4	——	St. Louis 15	a	4	——	Allg. Ges. f. Verl.	f	4	100.00b	Ver. Ultramar.	f	0	108.00b	Tr. Müllerstr.	f	0	108.00b
Westpr. Prov.	d	3½	86.00b	do. Kr. A. L. II.	a	4	101.70b	do. Hb. BP. 97	a	4	——	St. Louis SW.	a	4	——	St. Louis SW.	a	4	——	St. Louis SW.	a	4	——	Allg. Ges. f. Verl.	f	4	100.00b	Ver. Ultramar.	f	0	108.00b	Tr. Schönh.	f	0	108.00b
do. do.	d	3½	——	do. XXV.	a	3½	94.60b	do. Hb. BP. 98	a	4	——	do. II. Inc.	a	4	——	do. II. Inc.	a	4	——	do. II. Inc.	a	4	——	Allg. Ges. f. Verl.	f	4	100.00b	Ver. Ultramar.	f	0	108.00b	Tr. Müllerstr.	f	0	108.00b
Stadt-, Kreis- etc. Anleih.				**Renten-Briefe**				**Eisenbahn-Stamm-Aktien**																											
Anhalt. Kr. 01	d	3½	92.20b	Hannoversch.	d	3½	92.20b	Asch. Maast.	d	4	87.00b																								
Chic. 30/60. 1	d	3½	101.30b	Hessen Nass.	d	3½	101.30b	Brnschw. Ld.	d	3½	70.30b																								
Aachen 93	d	3½	100.75b	Kur-u. Neum.	d	3½	——	Crefelder	d	3½	129.80b																								
do. III 1912	d	4	100.75b	Pommersch.	d	3½	101.30b	Eutin-Lb.	d	3½	73.25b																								
Altenbg. L. II	d	4	101.00b	Posensche	d	3½	92.40b	Frkf. Gotarb.	d	4	——																								
Altona 93	d	3½	93.40b	Preussische	d	3½	92.20b	Halle-Stadt.	d	4½	105.50b																								
do. 01 u. 11	d	4	100.70b	Rhein.-Westf.	d	3½	92.20b	Halle-Hettst.	d	3½	——																								
do. Hausw. 19	d	4	100.70b	Sächsische	d	3½	92.20b	Arch. Cranz.	d	6	134.50b																								
Augsburg	d	3½	93.60b	Schlesische	d	3½	92.20b	Lingnitz Raw.	d	4½	101.80b																								
do.	d	4	100.75b	Schleswig-Holst.	d	3½	92.20b	Lüb.-Büch.	d	8	185.50b																								
Barmen 98	d	4	100.80b					Mckl. Fr. Wilh.	d	4½	104.25b																								
do. 07	b	4	101.00b					Oestereichs.	d	3½	94.90b																								
Berlin 04 II	d	3½	101.75b					Nordh. Wern.	d	4½	85.50b																								
do. 76/78	a	3½	99.00b					Pr. Nassau	d	6	——																								
do. 82/98	a	3½	94.50b					Prignitz. V. A.	d	4	——																								
do. 1899	d	3½	94.20b					Rudolst. Stadt	d	4	95.25b																								
do. St. Syn. 19	d	3½	100.75b					Tsch. Finstw.	d	14	269.50b																								
do. 99. 04. 05	d	3½	91.10b					Aussig-Teepl.	f	4	——																								
Bielefeld	d	4	101.00b	**Deutsche Lose**				Brunner Lokal.	f	4	——																								
Bochum	d	3½	97.10b	Augsbg. 7 Gl.			trc. 33.55b	Buschtehrdr.	f	5	103.80b																								
do. 01/05	d	3½	94.10b	Braunschw.			trc. 217.60b	Cosk. Agm.	f	7	——																								
Brandenb 10	d	4	——	Cöln. Mm.			3½ 157.50b	Karchow Od.	a	4	——																								
Breslau 99	d	3½	93.80b	Mailand. S.			trc. 60.50b	Lemb. Czern.	a	5	130.75b																								
Bremen 97	d	3½	——	Mainz. 50 Tl.			3½ 157.90b	Oest. Staatsb.	f	6½	25.80b																								
Burg. unk. 10	a	4	100.75b	Meiningen			trc. 40.25b	Orient. Eisb.	f	5	23.25b																								
Chart. 89. 99	d	4	101.50b	Oldenb. 40 Tl.			3 125.80b	Rasb. Oesb.	f	0	——																								
do. 95. 98. 11	d	4	101.30b	Oldenb. 100 Tl.			3½ 91.30b	Siedel. Eisb.	f	0	118.00b																								
do. 07 u. 11	d	4	101.40b	Oldenb. Ldl.			3½ 95.00b	Strasm.-Nag.	f	9	——																								
do. 1905	d	4	101.50b	Oldenb. Ldl. A			3 ——	Arad u. Gran.	f	5	——																								
do. 95. 99. 02	d	3½	92.80b	**Ausl. Fonds u. Pfandbriefe**		